49. Sonnabend, den 27. Februar 1869. 49.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweiundsiebzigster Jahrgang.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Deutschland.

Ω **Berlin,** 25. Febr. Die 1867 auf der in Paris abgehaltenen internationalen Konferenz der Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger pr. 1868 für Berlin bestimmte gleiche Konferenz, welche mittlerweile schon eine Vertagung auf das Frühjahr d. J. erfahren hat, wird dem Vernehmen nach wahrscheinlich nicht, wie die früheren Angaben besagten, bereits Ausgang März, sondern erst im April zusammentreten. Es ist von dem mit der Vorbereitung dieser Versammlung beauftragten preußischen Zentralverein dazu der Wunsch ausgesprochen worden, daß jedes Zentral-Komité eine Uebersicht des jetzigen Standes der Vereinsbestrebungen und der durch dieselben in den betreffenden Ländern erzielten Resultate beibringen möchte, so daß die Konferenz also durch diese verschiedenen Mittheilungen ein Gesammtbild von Demjenigen erhalten würde, was bis jetzt in Europa und in den Vereinigten Staaten Nordamerikas für die Lösung der gemeinsamen Aufgabe geschehen ist und voraussichtlich weiter geschehen wird. Außerdem aber soll nach dem betreffenden Zirkular des preußischen Zentralvereins die Thätigkeit der genannten Vereine im Frieden einen der Hauptgegenstände der Verhandlungen auf dem bevorstehenden Kongreß bilden. Jedenfalls darf die gewünschte Uebersicht des Fortschreitens und der Entwickelung dieser großartigen Vereins-Thätigkeit in all den durch die Genfer Konvention vom 22. August 1864 verbundenen Staaten und Ländern mit höchstem Interesse entgegengesehen werden; denn ohne Zweifel handelt es sich hierbei um einen Fortschritt in der Humanität, auf welchen unsere Zeit mit Recht stolz sein darf. Soweit übrigens das vorhandene Material bereits einen Einblick gestattet, darf das Fortschreiten dieser Bestrebungen wenigstens für Deutschland als ein im Allgemeinen Befriedigendes erkannt werden. Das Zusammenwirken der norddeutschen Vereine dieser Art und deren Anschluß an den preußischen Zentralverein befanden sich Ausgang vorigen Jares bereits weit vorgeschritten, und nicht minder erschien auch die Vereinigung der norddeutschen und süddeutschen Vereine unter eine gemeinsame Oberleitung und zu einem geeigneten Zusammenwirken in günstige Aussicht gestellt. Eben so dürfen die Vereinsbildungen in Preußen selbst mindestens als ein günstiger Anfang betrachtet werden. Zum Weitesten vorgeschritten befand sich hierin die Provinz Sachsen, in welcher dem Provinzialverein sich bereits 53 Kreis- und Lokalvereine beigeordnet hatten. Die Grund-Idee dieser Vereinsbildungen zielt bekanntlich darauf ab, die freiwillige Hülfsleistung für die Kranken- und Verwundetenpflege im Kriege bereits im Frieden durch eine gemeinsame Organisation so weit vorzubereiten und zu ordnen, daß dieselbe sich mit jedem gegebenen Moment den staatlichen Einrichtungen für diesen Zweck wirksam und werkthätig anschließen und einfügen kann. Den Anlaß dazu haben die Erfahrungen der letzten Kriege gegeben, in welchen gerade für die erwähnte Hilfsleistung der Mangel einer gemeinsamen Organisation so vielfach nachtheilig und störend für die volle Entfaltung der Wirksamkeit dieser freiwilligen Hilfe hervorgetreten ist. Das Endziel dieser in allen durch die Genfer-Konvention verbundenen Staaten gleichzeitig in die Hand genommenen Thätigkeit endlich verfolgt die Aufgabe für den gedachten Zweck, eine Solidarität der Interessen, wie eine wenigstens annähernde Uebereinstimmung des Handelns in allen zivilisirten Ländern herbeizuführen. Als eine der Hauptschwierigkeiten für die volle Entfaltung dieses Vereinslebens muß nun allerdings erkannt werden, der Organisation dieser Vereine schon für den Frieden gewisse unmittelbare greifbare Zwecke zu unterbreiten, um dadurch einer etwaigen Erschlaffung in den gemeinsamen Bestrebungen entgegenzuwirken, und es begreift sich daraus von selbst, von welch großer Bedeutung für die hier gestellten Aufgaben gerade die nächste für Berlin angesetzte Konferenz erachtet werden muß. — Ueber die seit dem Regierungsantritt des Fürsten Karl in Rumänien ins Werk gesetzte Militärreform, welche bekanntlich von preußischen Offizieren geleitet worden ist, werden aus zuverlässiger Quelle folgende nähere Angaben berichtet. Ein Hauptaugenmerk ist bei diesem Reformwerk zunächst auf die Reorganisation der technischen Waffen gerichtet gewesen, und wird namentlich die rumänische Artillerie als in dieser Umbildung besonders weit vorgeschritten bezeichnet. Die Batterien derselben befinden sich jetzt durchgehends mit den preußischen Hinterladungs 4- und 6-Pfündern ausgerüstet, und ist auch der Dienstbetrieb bei dieser Waffe beinahe ausschließlich nach dem preußischen Vorbilde geregelt worden. Die Raschheit und Präzision der Bewegungen dieser Batterien, wie die Sicherheit ihres Feuers sollen kaum noch etwas zu wünschen übrig lassen. Für die wissenschaftliche Ausbildung der Artillerieoffiziere hat zugleich die Zentral-Artillerieschule in Bukarest eine neue Organisation erfahren. Die Infanterie ist um ein Regiment vermehrt worden und befindet sich gleicherweise durchgehends mit dem preußischen Zündnadelgewehr ausgerüstet. Für die Miliz endlich ist die Umbildung in eine ebenfalls den preußischen Landwehreinrichtungen nachgebildete Landwehr ins Auge gefaßt worden und haben für dieselbe im letztverflossenen Herbst in allen Gemeinden des Landes unter der Leitung von Linienoffizieren Uebungen stattgefunden, bei welchen namentlich auf das Schießen nach der Scheibe ein besonderer Nachdruck gelegt worden ist. Der große Fortschritt Rumäniens in seinem Wehrwesen wird übrigens selbst von den Gegnern dieses Reformwerks zugestanden, und jedenfalls muß gegenwärtig bereits dieser junge Staat unter den Zuzeränetätsstaaten der Pforte als weitaus der kräftigste erkannt werden. Die Besorgniß, mit welcher dieser rasche militärische Aufschwung sowohl von der Pforte, wie in einem beinahe noch höheren Grade von Oestreich betrachtet wird, kann bei einer so bedeutenden, in kaum zwei Jahren bewirkten Umgestaltung allerdings kaum Wunder nehmen.

— Der neueste „St.-Anz." enthält einen kgl. Erlaß vom 22. d., betreffend eine ferner aufzunehmende Staatsanleihe von 5,000,000 Thalern für den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung.

— Die „Kreuzztg." meldet, daß am Mittwoch eine materielle Verständigung im Finanz-Ministerium mit der Frankfurter Auseinandersetzungs-Deputation auf Höhe von 3,000,000 herbeigeführt worden. Die Unterzeichnung des Rezesses soll erfolgen, sobald die Redaktion desselben beendet sein wird.

— Am Montag früh ist eine Deputation aus Köln hier eingetroffen, bestehend aus den Herren Blanchard, Moll (aus Mülheim) und Kohlstadt, um eine Verständigung in der Festungsrayons-Angelegenheit zu erzielen. Die Herren haben sich mit den beiden Abgeordneten für Köln v. Forckenbeck und Pauli in Verbindung gesetzt, um zunächst mit dem Kriegsminister zu verhandeln.

— Am Montag fand eine etwa von 1000 Personen besuchte Versammlung der Fortschrittspartei in Arnim's Saale statt, worin über die verflossene Landtagssession Bericht erstattet wurde. Wir entnehmen darüber der „Volkszeitung" Folgendes:

Dr. Löwe-Kalbe eröffnete die Versammlnng mit einer langen Rede, worin besonders folgende Stelle von Interesse ist: „Johannes Schulze war es, dem als Direktor des Unterrichtswesens unter dem Minister Altenstein unsere Gymnasien und Universitäten unendlich viel zu verdanken haben. Dieser Mann hat den Geist der freien Wissenschaft gepflegt, unbeirrt mitten in der Hetze der Demagogenriecherei; er hat die schwarzen Bücher in aller Stille beseitigt und die Anstellungen gemacht, lediglich nach Verdienst und Würdigkeit, nach Fähigkeit und Charakter. Zur Charakterisirung seiner Bestrebungen auf dem Gebiete des Schulwesens will ich nur eine hervorheben, die leider nicht zum Ziele geführt hat. Niemand war tiefer durchdrungen, als die Männer der Freiheitskriege, von der Nothwendigkeit der Einheit zwischen Armee und Volk. Sie wußten wohl, daß die Freiheit nicht gedeihen konnte, wenn ein feindlicher Gegensatz zwischen diesen bestand. Deshalb hielt es auch Johannes Schulze für eine der wichtigsten Aufgaben, durch die Bildungsanstalten dafür zu sorgen, daß kein Kastengeist in der Armee sich entwickele, deshalb war er gegen die bloße Facherziehung und suchte dahin zu wirken, daß die Offiziere auf denselben höheren Schulen vorgebildet würden, wie alle andere Berufsklassen. Er machte deshalb den Vorschlag, die Kadettenhäuser aufzuheben, und den Aspiranten, welche gesetzlichen Anspruch auf die Aufnahme in denselben haben, Stipendien zu gewähren. Der Vorschlag war auch bereits zu einem Gesetzentwurf ausgearbeitet vom Ministerium akzeptirt, als die Julirevolution kam und mit ihr eine verstärkte Reaktion in Preußen. Diese beseitigte dann diesen Vorschlag. — Wären die Kadettenhäuser 1829 aufgehoben und die Offiziere auf den allgemeinen Bildungsanstalten vorgebildet und so der Gegensatz zwischen Armee und Volk beseitigt worden, welche andere Entwickelung hätte unser Volk wohl genommen? (Zustimmung.) Wenn dieser Mann nichts weiter gethan hätte, als den ernsten Versuch, diesen Gedanken in jener Zeit auszusprechen, er würde sich den Anspruch auf unsern Dank, auf den Dank der gesammten Nation erworben haben, den er in so reichem Maße für seine Gesammtleistungen verdient." (Lebhafter Beifall.)

Nach Löwe sprach dann noch Dr. Eberty, Windhorst (Lüdinghausen), Dr. Virchow, Laßwitz, Schulze (Delitzsch), Dr. Kosch u. A. Schließlich wurde die Resolution angenommen: Die heut versammelten Mitglieder des Wahlvereins der Fortschrittspartei erklären: „Nach Anhörung mehrerer Abgeordneten der deutschen Fortschrittspartei erklären wir uns in vollster Uebereinstimmung mit den Bestrebungen und der Thätigkeit der Fraktion der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause und votiren diesen Kämpfern für Recht und Freiheit des Volkes unsere vollste Anerkennung."

— Dem Vernehmen nach hat die ostpreußische Landschaft beschlossen, eine Darlehnskasse einstweilen im Betrage von 300,000 Thlr. zu begründen. Möchten doch andere Landschaften bald diesem Beispiele nachfolgen. Es ist ja für die Landschaften nichts unbedenklicher, als ihren Verbundenen bis auf Höhe ihres Amortisationsbetrages einen beweglichen Kredit zu gewähren.

— Bekanntlich schwebt zwischen dem Kurfürsten von Hessen und dem preußischen Fiskus ein Prozeß. Die preußische Verwaltung des Fideikommißfonds, bezüglich dessen Einkünfte dem Kurfürsten laut des Stettiner Vertrages eine Bezugsberechtigung zusteht, hatte einige zu jener Vermögensmasse gehörigen Pferde zum öffentlichen Verkauf ausgeschrieben. Hiergegen erwirkte der Kurfürst ein Inhibitorium. Dasselbe wurde von dem Untergerichte bestätigt, von dem Obergerichte in Kassel dagegen aufgehoben. Gegen letzteres Urtheil hatte der Kurfürst Revision ergriffen und dieselbe bei dem Ober-Appellationsgerichte dahier, dem obersten Gerichtshofe für die neuen Provinzen gerechtfertigt. So lag die Sache, als das Gesetz über Beschlagnahme des kurfürstlichen Fonds publizirt wurde. Als Sachwalter des Kurfürsten fungirt der hiesige Oberappellationsgerichtsanwalt Fenner. Ueber diese Angelegenheit berichtet nun weiter ein, wie es scheint, gut unterrichteter Berliner Berichterstatter des „Hamb. Korresp.":

Alsbald nach Publikation des Gesetzes erließ der Finanzminister ein Schreiben an Herrn Fenner, durch welches er, der Finanzminister, da er nunmehr an die Stelle des Kurfürsten getreten sei, die von dem Letzteren ertheilte Vollmacht kündigte. Dieselbe Nachricht richtete der Finanzminister an das Gericht. Das Letztere erklärte nunmehr auf Grund jenes Gesetzes und dieser Kündigung den Prozeß für erledigt. Hiergegen remonstrirt der Anwalt des Kurfürsten, da der Kurfürst durchaus nicht entmündigt oder unter Vormundschaft gestellt sei, so könne auch nicht eine dritte Person die von ihm ausgestellte Vollmacht kündigen; die Eingabe des Finanzministers könne höchstens als eine Intervention betrachtet und über diese müßte verhandelt und erkannt werden; er verlange daher Fortsetzung des Prozesses. In dem Prozeß wurde Seitens des Vertreters des preußischen Fiskus u. A. auch die von dem Kurfürsten ausgestellte Vollmacht bemängelt, weil dieselbe von ihm mit: „Wir, von Gottes Gnaden Kurfürst ꝛc." gezeichnet, und der Kläger zur Führung solcher Titulaturen nicht mehr berechtigt sei. Die Gerichte ließen sich jedoch auf eine Entscheidung über die Berechtigung zur Führung solcher Titel nicht ein, sondern erklärten die Vollmacht für ausreichend, weil kein Zweifel obwalte, daß sie von der prozeßführenden Partei ausgestellt sei.

— Vor einiger Zeit wurde ein beurlaubter preußischer Offizier, Major v. Versen, am Bord einer französischen Dampfers verhaftet, als er brasilianischen Boden betreten wollte. Als Grund der Verhaftung wurde damals angegeben, die brasilianische Regierung habe sichere Kunde davon, Hr. v. Versen sei von Lopez als Generalstabs-Chef seines Heeres durch den paraguitischen Ministerresidenten in Deutschland, Obersten Baron Alfred du Graty, nach Paraguay berufen worden. Es gelang den Vorstellungen des damaligen preußischen Vizekonsuls, Herrn v. Versen aus seiner Haft zu befreien, welcher nun eine Reise nach dem Innern antrat, angeblich in der Absicht, über die Kordilleren nach Chile zu gehen. Etwas später vernahm man, Herr v. Versen befände sich in strenger Haft von Lopez. In dem aufgefundenen paraguitischen Archive entdeckte man auch eine Depesche des preußischen Geschäftsträgers in den Laplatastaaten, in der von Lopez die Freigebung des Herrn v. Versen verlangt wurde. Diese ist jedoch verweigert worden, und so hat Herr v. Versen bis jetzt als Gefangener bei Lopez bleiben müssen und erst bei der eiligen Räumung des Hauptquartiers von Villete ist er, wie die „Deutsche Zeitung am Laplata" berichtet, von dem Sieger als zurückgelassen aufgefunden und wieder frei geworden. Wie er aber in das Hauptquartier von Lopez trotz seiner sehr weit ab liegenden Reiseroute gekommen, das ist eine bis jetzt nicht beantwortete Frage.

— Die glückliche Erledigung der griechisch-türkischen Streitfrage bietet der heutigen „Prov. Korr." Gelegenheit, auf die Vermittlerrolle zurückzukommen, welche Preußen bei dieser Gelegenheit mit so glücklichem Erfolge übernommen hatte. Das offiziöse Blatt schreibt:

„Die preußische Regierung, welche bei der griechisch-türkischen Streitfrage, wie bei den Angelegenheiten des Orients überhaupt nicht unmittelbar betheiligt ist, hat an der Lösung derselben vornehmlich wegen der Beziehungen zu den allgemeinen europäischen Verhältnissen ein lebhafteres Interesse genommen; es darf derselben zur Genugthuung gereichen, daß es ihr vergönnt war, mit die erste Anregung zur Vermittelung der Mächte in dem drohenden Zwiespalt zu geben, und daß ihre Bemühungen in dieser Richtung seitens sämmtlicher Regierungen Aufnahme und Würdigung gefunden haben."

Breslau, 23. Febr. Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen einen Aufruf zu Sammlungen für ein Festgeschenk, welches dem Papste bei der Feier seines 50jährigen Priesterjubiläums (am 10. April) überreicht werden soll. Es heißt darin:

„Je dornenvoller die Wege des Pontifikates waren, die Er in unerschütterlichem Gottvertrauen durchwandelt hat, je zahlreicher und stürmischer die Angriffe auf die Kirche und das Kirchengut, die Er in unbeugsamer Standhaftigkeit bekämpft hat, um so tiefer fühlt bei der bevorstehenden Feier der Katholik das Bedürfniß seiner Festesfreude, seiner Dankbarkeit, seiner Hingebung für den heiligen Vater durch ein äußeres Zeichen Ausdruck zu geben."

An der Spitze der Unterzeichner des Aufrufes stehen der Herzog v. Ratibor und der Fürst v. Hatzfeld, denen sich eine lange Reihe von Mitgliedern des katholischen Adels Schlesiens und anderen schlesischen Katholiken anschließt.

Königsberg i. P., 25. Februar. **(Tel.)** Heute Vormittags fanden sich große Arbeitermassen vor dem Magistratsgebäude ein, um Arbeit und Steuererlaß zu verlangen. Die Arbeiter beobachteten eine gemessene Haltung und gingen auf Zureden der Bürger und Polizeibeamten wieder auseinander. Ein Militärkommando war requirirt, es kam jedoch nicht zum Einschreiten.

Schwerin, 22. Febr. Wie dem „H. C." mitgetheilt wird, soll gegen den Landrath Josias v. Plüskow wegen seines bekannten Artikels gegen den Norddeutschen Bund ꝛc. gerichtlich vorgegangen werden.

Leipzig, 22. Februar. Der seitherige Reichstagsabgeordnete Schreck hat, wie es scheint, zugleich im Einverständniß und Auftrag der beiden anderen Abgeordneten, welche mit ihm ihr Mandat niedergelegt haben, Schaffrath und Mammen, eine Erklärung veröffentlicht, worin er sagt, daß er der von verschiedenen Seiten an ihn gerichteten Aufforderung zur Mittheilung der Gründe, welche ihn zur Niederlegung des Mandates bewogen haben, nur theilweise entsprechen könne. Nachdem er konstatirt, wie schwer ihm die „rückhaltslos" gethane Anerkennung der Norddeutschen Bundesverfassung geworden, fährt er fort:

An diese Anerkennung haben wir die Hoffnung geknüpft, es werde behufs einiger Schadloshaltung gegenüber den enormen Geldopfern, welche die Militärorganisation des Norddeutschen Bundes dem Volke auferlegt, unverweilt, auch von oben her, der Ausbau und die Verbesserung der Verfassung im Interesse des Volkes und seiner Rechte angebahnt werden. In dieser Hoffnung haben wir uns getäuscht. Der gewiß hohe Werth der Macht und Vertretung des Norddeutschen Bundes nach außen läßt nach unserer Ueberzeugung, viele zu weit gehen in dem Uebersehen der Thatsache, daß seit Errichtung der Verfassung des Bundes für Freiheit und Recht des Volkes, gegenüber den an der Spitze stehenden Ge-

walten, äußerst wenig geschehen, wohl aber eine ganz andere Vergrößerung der Militärmacht der Nachbarstaaten herbeigeführt worden ist, deren nahe liegende Folgen ich gern unerwähnt lassen will. Neben der vorgedachten Enttäuschung haben wir aber auch die Ueberzeugung gewonnen, daß die Zeit noch fern liegt, in welcher eine wesentliche Aenderung jenes Zustandes erhofft werden kann, so wie, daß bei solcher Lage der Verhältnisse, die Thätigkeit im Reichstage für mich und meine politischen Freunde aus Sachsen eine ziemlich erfolglose sein muß.

Der Geist, welcher diese Erklärung durchweht, bemerkt die „Magdeb. Ztg.“ ganz richtig, ist gewiß in vieler Beziehung ein ganz ehrenwerther, charakterisirt aber auf's neue die kurzsichtige Ungeduld der Politik unserer sächsischen Demokratie. Weil 18 Monate nach der Gründung des Norddeutschen Bundes der mustergültige Freiheitsstaat nicht hergestellt ist und auch innerhalb der nächsten 14 Tage noch nicht zu erwarten steht, wird die Flinte in's Korn geworfen und der Raisonnirwinkel aufgesucht. Wenn es alle Vertreter des Volkes so machen wollten, freilich da dürften dessen Rechte auf Gehör bis an's Ende der Welt zu warten haben.

Oesterreich.

Wien, 23. Februar. Die „Presse“ vernimmt, daß jedes in der letzten Pariser Konferenz vertreten gewesene Kabinet eine sich über die Thätigkeit und den Erfolg der Konferenz aussprechende Zirkulardepesche erlassen werde, was, nach dem genannten Blatte, zu bezwecken scheine, dem Gedanken eine praktische Grundlage zu geben, auch späterhin etwa auftauchende Differenzen durch gemeinsame Berathung zu schlichten. — Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung den deutsch-österreichischen Telegraphenvertrag genehmigt. — Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses berieth am 20. d. den Antrag des galizischen Landtages behufs Abänderung einiger Bestimmungen der Staatsgrundgesetze und beschloß, den Gegenstand dem bestehenden, durch zwei Mitglieder zu verstärkenden Subkomitee zur Vorberathung zuzuweisen. — Das Ministerium des Innern hat im Rekursweg entschieden, daß, nach Maßgabe des Handels- und Zollvertrages vom 26. Mai 1868, sowohl für die Angehörigen des Norddeutschen Bundes als der diesem Bunde nicht einverleibten Gebiete des deutschen Zollvereins, eine besondere Bewilligung zu irgend einem nach dem Gewerbegesetz zu beurtheilenden Betriebe nicht erforderlich sei, sondern daß die betreffenden Ausländer in dieser Beziehung den Inländern vollständig gleichgestellt erschienen.

) **Wien,** 24. Febr. Die Rathlosigkeit in unserer Regierung ist wahrhaft beispiellos und in Folge dessen macht denn auch im Parlamente die Zersetzung der Parteien so riesige Fortschritte, daß der Sturz, oder doch eine ernste Krisis des gegenwärtigen Regimes kaum mehr lange auf sich warten lassen wird. Noch keine vierzehn Tage sind es her, daß von oben her die Agitation für die Einführung direkter Reichsrathswahlen auf jede Weise gefördert ward, weil das Ministerium hoffte, durch dieses Zugeständniß an die Liberalen deren Zustimmung für eine wenigstens theilweise Berücksichtigung der Lemberger Landtagsresolution zu gewinnen. Autonomere Stellung Galiziens und schroffere Zentralisirung der übrigen Erblande — war damals das Stichwort. Heute dagegen ist das Konseil entschlossen, die Einführung direkter Wahlen so wie die Vermehrung der Abgeordnetenzahl fallen zu lassen — und die Verhandlung über die Lemberger Resolution bis über den Sessionsschluß hinaus zu verschleppen. In Folge dessen sind die echten Deutschliberalen über die Regierung bald ebenso empört, wie die Polen und Föderalisten. Die entfesselte Agitation für direkte Parlamentswahlen dauert in allen deutschen Kronländern fort und wird Dimensionen annehmen, die noch weit über jene des Konkordatssturmes hinausgehen, — schon laufen bis aus Troppau Adressen mit Tausenden von Unterschriften ein. Andererseits dringen die Polen in Giskra, ihnen endlich reinen Wein einzuschenken, und fangen an, der Regierung die Zähne zu zeigen. So bestand gestern die Majorität, welche gegen den Willen der Minister an die Beantwortung der Toman'schen Interpellation eine Debatte zu knüpfen gestattete, aus den Föderalisten und übrigen Mitgliedern der Rechten im Vereine mit den 27 Köpfen der äußersten Linken unter dem Autonomisten Pechbauer — gegen das deutsch-liberale Zentrum, das sonst mit der Fraktion Pechbauer zusammen die ministerielle Mehrheit ausmacht. Diese Verschiebung der Parteien ist jedenfalls sehr bedeutsam, obschon zur Sache diesmal Minister Hasner gegen Toman offenbar im Rechte war. Wenn der Reichsrath ein Gesetz erläßt, welches die Aufhebung der geistlichen Schulinspektorate verfolgt, der Krainer und Tyroler Landtag nun aber ein Schulaufsichtsgesetz votirt, welches die Schule, noch über das Konkordat hinaus, den Bischöfen allein ausliefert, dann ist es gewiß des Kultusministers Pflicht, vorläufig einmal in Krain und Tyrol durch eine Oktroyirung für die Einsetzung weltlicher Inspektorate und für die Ausführung des konfessionellen Reichsgesetzes zu sorgen, bis die dortigen Landtage Vernunft annehmen und die ihrer Legislation gesetzten Schranken respektiren lernen.

Pest, 23. Februar. Die Wahlen beginnen in Pest am 18. März, in Ofen am 21. Der israelitische Kongreß ist heute geschlossen worden. Nachmittags begab sich eine Deputation des Korgresses zum Kultusminister Eötvös. — Die Ortschaft Paks ist von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden. 140 Häuser sind abgebrannt, der Schaden beläuft sich auf 200,000 Fl. Nur ein Drittheil der zerstörten Gebäude war versichert.

Belgien.

Brüssel, 25. Februar. **(Tel.)** In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer legte der Finanzminister das vom Senate gestern abgelehnte Budget des Justizministeriums vor; nach lebhafter Debatte wurde dasselbe mit 62 gegen 42 Stimmen genehmigt.

Frankreich.

Paris, 22. Februar. Das „Siècle“ veröffentlicht folgende Zuschrift einer Dame in Pérignac (Departement der Charente inférieure) an den „Indépendant“ von Saintes, die ein grelles Streiflicht auf die in vielen französischen Departements noch herrschende religiöse Intolleranz wirft:

Herr Gerant, die Damen von Pérignac beehren sich zu Ihrer Kenntniß zu bringen, daß ihr guter Pfarrer am 2. d. M. in einen heiligen Zorn gerathen ist, weil wir dem Begräbniß einer jungen Frau, welche der reformirten Kirche angehörte, beigewohnt haben. Der Kirchhof umgiebt die Kirche, und der gute Pfarrer, vom Sakristan unterstützt, hatte sich im Glockenthurm versteckt. Im Augenblick nun, wo der Pastor am Grabe sprechen will, werden die Glocken in vollem Schwunge geläutet; so versteht unser guter Pfarrer die Freiheit der Kulte. Das Schönste aber ist, daß wir alle exkommunizirt worden sind. Was sollen wir thun, um da herauszukommen? Helfen Sie uns mit Ihrem Rath, Herr Gerant, und seien Sie überzeugt, daß wir denselben uns zu Nutze machen werden. Unsere Kinder stehen unter der Drohung, dieses Jahr ihre erste Kommunion nicht vollziehen zu können. Dieser würdige Priester war so zornig, daß ich einen Augenblick glaubte, er wolle uns behandeln, wie die guten Brüder von Bordeaux ihre Zöglinge, aber ich versichere Ihnen, er würde ein schweres Stück Arbeit gehabt haben, denn wir waren an 200 Frauen. Genehmigen Sie rc. Frau Quinard, Eigenthümerin in Pérignac.

Paris, 23. Febr. Schon der erste Tag des parlamentarischen Kampfes über die Finanzlage der Stadt Paris hat Herrn Haußmann in eine höchst bescheidene Defensive zurückgedrängt. Der „Nat.-Ztg.“ wird darüber geschrieben:

Man kann fast sagen, daß Niemand nach den gewaltigen Keulenschlägen, mit welchen Garnier-Pagès und Picard das ganze komplizirte Sparrwerk der sechs städtischen Budgets zertrümmert und den einfachen Thatbestand sichtbar gemacht hatten, etwas zur Vertheidigung des Seinepräfekten vorzubringen wagte. Denn die allgemeinen Betrachtungen, mit welchen der Regierungskommissar Genteur die sehr konkreten Angriffe Picards beantwortete, konnten gar nicht ins Gewicht fallen; Herr Genteur fühlte das auch selbst, da er sich die Vertagung des zur Sache gehörenden Theils seiner Antwort ausbat, offenbar, um noch einmal 24 Stunden darüber nachdenken zu können, wie eine in so unerhörter Weise geführte Finanzwirthschaft als die Musterverwaltung nachgewiesen werden kann, welche sie nach der Versicherung der Haußmannschen Kommuniqués sein soll. Wenn nur die leidigen Zahlen nicht existirten! Sie werden allen Scharfsinn des Herrn Genteur zu Schanden machen. Schon die einfache Vergleichung der Ziffern des Budgets und der Schuldenlast der Stadt Paris, wie sie vor der Haußmannschen Periode galten, mit den entsprechenden der Gegenwart muß die gegründetsten Zweifel an der Vortrefflichkeit dieser Verwaltung hervorrufen. Das Budget belief sich im Jahre 1848 auf etwa 50 Mill. Fr. und schloß mit einem positiven Einnahmeüberschusse; 1851 war es erst auf 60½ Mill. gestiegen. Herr Haußmann aber hat es seit 1852, allerdings unter verschiedenen Namen, auf 244 Mill. gebracht. Die Annexion der Banlieue, welche etwa halb so viel Einwohner zählt als das Paris von 1848 und somit höchstens einen Zuwachs des Budgets um 25 Millionen rechtfertigte, ist ein Nebenumstand; was die Ziffern am meisten in die Höhe getrieben hat, ist das kolossale Anschwellen der städtischen Schuld. Herr Haußmann fand dieselbe 1852 auf der bescheidenen Höhe von 75 Mill.; seitdem hat er Anleihen im Betrrage von 948 Mill. kontrahirt, und wenn auch ein Theil der Schulden im Laufe dieser 16 Jahre wieder getilgt worden sind, so verlangt doch nach dem Budget von 1869 die Verzinsung der Schuld 46 Mill. und die Amortisation 16 Mill. Es ergiebt sich also ein Posten von 62 Mill. dort, wo das vorhaußmannsche Paris nur vier bis fünf Millionen aufzubringen hatte. Die früheren Anleihen wurden wenigstens in normaler Form kontrahirt; die schwebende Schuld aber, um die es sich augenblicklich handelt, ist das Resultat von Operationen, die sich nur durch einen Euphemismus anders denn als ungesetzlich bezeichnen lassen. Die Stadt hat einfach eine Art Wechselreiterei getrieben. Sie verlangte von den Unternehmern die ganze Submissionssumme als Kaution, trug aber auch zugleich Sorge, ihnen durch Vermitteluug des Kredit foncier diese Summen zu verschaffen. Sie gab ihnen nämlich ein Zahlungsversprechen für die nach und nach fälligen Subventionen, veranlaßte die Unternehmer diese Papiere beim Kredit foncier zu diskontiren und nahm den Antrag selbst als angebliche Kaution in Depot, während in Wirklichkeit sie selbst mit ihrer Unterschrift für die Unternehmer Bürgschaft geleistet hatte. Die Summe aber, die auf diese Weise in die städtische Kasse praktizirt wurde, diente dazu, die schnöde Engherzigkeit auszugleichen, mit welcher der gesetzgebende Körper im Jahre 1858 das sogenannte zweite Netz auf nur 150 Millionen veranschlagt hatte, und so hat sich denn Herr Haußmann glücklich in eine Klemme gebracht, aus der er jedenfalls nicht mehr mit dem früheren Vollbewußtsein seiner Selbstherrlichkeit herauskommen wird. Das ist wenigstens eine tröstliche Seite an dieser Katastrophe.

— Der Aufstand in Algerien ist beendet. Die „Dissidenten“ haben die marokkanische Grenze wieder erreicht, ohne daß es gelang, ihnen den Rückzug zu verlegen. Oberst Sonis traf am 13. Februar wieder in Laghuat ein.

Spanien.

Madrid, 25. Febr. **(Tel.)** In der heutigen Sitzung der Kortes hielt Serrano eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er zunächst hervorhob, daß er zur Annahme der ihm übertragenen Exekutivgewalt sich nur aus patriotischen Rücksichten veranlaßt gesehen habe. Redner hob darauf hervor, daß ein Mißbrauch der ihm übertragenen Gewalt unmöglich sei, da mit derselben keine Prärogative, weder das Recht des Vetos, noch das Recht

---

Aus der Berliner Gesellschaft vor 47 Jahren.

Jugenderinnerungen von Johanna H. in Breslau.

Es war im Jahre 1822, als wir, mit Empfehlungsbriefen versehen, unsere Reise nach Berlin antraten. Ich schweige über den mächtigen Eindruck, den die Residenz mit ihren Palästen, Museen, Monumenten, großen Plätzen und luxuriösen Schaufenstern erregte, das Alles ist schon viel schöner und besser geschildert worden, selbst die Linden und der weltbekannte Thiergarten, in denen auch die Damen höchster Aristokratie, reich gekleidete Jockeys hinterher, lustwandelten, imponirten mir; vergleiche ich unsere Breslauer Promenade jetzt mit ihrem reizenden Belvedere, exotischen Pflanzen, Statuen, Bosquets, Wasser mit seinen gefiederten Bewohnern, dann verschwinden nothwendig jene ewig monotonen Gänge und Anlagen, die wahrhaft „auf Sand“ gebaut sind, und deren Hauptreiz in dem Rendezvous und der Schaustellung glänzender Toiletten der schönen Welt in allen Abstufungen besteht.

Aber durch keine späteren Eindrücke geschwächt, sind mir die Erinnerungen an ausgezeichnete Personen geblieben, mit denen ich zusammentraf.

Unser erster Besuch galt dem Professor Böckh; er selbst öffnete die Thüre, prallte aber in Schlafrock und Pantoffel entsetzt zurück. Selten wohl mochten Damen dies Heiligthum betreten haben. Zwischen Thür und Angel durchflog er das Schreiben und machte sofort das artige Anerbieten, uns des andern Morgens in die Bibliothek zu führen. Der gelehrte Herr, noch bis vor wenig Monaten Nestor der Berliner Universität, erschien denn auch pünktlich, uns durch 6 oder 7 Säle führend, wo in riesenhaften Dimensionen die bedeutendsten Werke der größten Schriftsteller aller Jahrhunderte in größtem und kleinstem Format, Druck und Einband, Bibeln in allen Sprachen und den prachtvollsten, seltsamsten Einbänden, wunderschöne Gebetbücher mit entzückender Malerei, wie sie nur Klostermönche einst so kunstvoll und zierlich auszuführen verstanden, aufgespeichert waren. Vergilbte Manuskripte, für mich eine terra incognita, erschöpften denn doch Kraft und Geduld.

Voll des tiefsten Dankes für die belehrenden Erläuterungen des verehrten Mannes, schieden wir mit warmem Händedruck.

Der nächste Besuch galt dem Konsul Mendelssohn-Bartholdy. Nachdem uns der Diener gemeldet und in ein mit edler Einfachheit ausgestattetes Zimmer geführt, trat aus der entgegengesetzten Thüre eine so imponirende Erscheinung, mit so edler, vornehmer Haltung, so fein geschnittenen Zügen, daß ich glaubte, so müsse ein König aussehen, Herr Mendelssohn, Vater des später so berühmt gewordenen Komponisten Felix M. Mit einigen verbindlichen Worten wurden wir seiner Gattin, einer schlanken, großen, nicht mehr jungen Dame mit tief ernsten Augen und strengem Gesichtsausdruck, die uns kalt und gemessen empfing, vorgestellt. Sie wollte vermuthlich erst das Terrain rekognosziren, ehe sie uns ihrer Unterhaltung würdigte. Nach und nach belebte sich ihr Blick, jedes Wort rasch gesprochen, wie ich es nie gehört, trug das Gepräge feinster Bildung, Menschenkenntniß und gereifter Lebenserfahrung; sie hatte sich stets in den besten Kreisen bewegt. Kunst, Wissenschaft, Politik, Tagesinteressen waren das Element, in dem sie heimisch war und das sie mit Sicherheit beherrschte. Dem Aufleuchten des Mutterauges folgend, erblickte ich an der Thüre einen schlanken Knaben oder vielmehr Jüngling mit offenem Halskragen, braunem wallenden Haar, schwärmerischen Augen und schüchterner Haltung. Es war Felix, der mit einem Notenhefte unterm Arm soeben vom Kapellmeister Zelter, seinem theuern Lehrer, kam und seiner Mutter freudig Etwas ins Ohr flüsterte. „Wie freundlich von Zelter“, sagte dieselbe, „er hat unserem Felix, seinem großen Liebling, das erste Exemplar des soeben im Druck erschienenen „Freischütz“ von Karl Maria v. Weber zum Geschenk gemacht. Alle Blätter sprechen mit Begeisterung von dieser, einen großen Melodien- und Gedankenreichthum enthaltenden neuen Oper mit so prachtvoller Instrumentation, und gewiß wird dieselbe auf allen Bühnen Furore machen. Damit aber auch unsere Gäste einen kleinen Einblick in dieselbe erhalten, wirst du lieber Felix mit Schwester Fanny uns die Ouverture vierhändig vorspielen.“

„Aber Mama, wie sprichst Du doch so, ich kenne ja diese Musik noch gar nicht, kam erst vorhin aus der Klasse, und werde jetzt italienische Stunde haben folglich fehlt mir die Zeit dazu“, sagte er leise. „Na, versuche es nur immerhin“ sprach Mama. (Fanny spielte auch sehr gut, komponirte später und verheirathete sich noch sehr viel später mit dem Maler Henselt.) Etwas schmollend setzten sich nun Beide an den prachtvollen Erard'schen Flügel mit seinem Silberton. Dies Zusammenspiel so korrekt, mit solchem Aplomb, so richtigem Verständniß und so elegantem Vortrag überaschte und entzückte uns. „Nun spiele ich noch meine Lieblings-, die Field'schen Romanzen“ sagte Felix und das that er denn in reizendster Weise, äußerst zart und duftig, da ich so andächtig zuhörte sagte er, „ich will sie Ihnen auch zum Andenken schenken,“ so naiv und liebenswürdig war er schon als Knabe. Bei seiner Durchreise nach Wien besuchte er auch uns und einige Jahre später hörten und lasen wir von seinen Triumphen, er aber war und blieb der bescheidenste, anspruchloseste Künstler. Wir wurden später noch zu einem Diner eingeladen, zu dem sich viele Zelebritäten, auch Zelter darunter, einfanden. Mendelssohns liebten es einen Kreis hochbegabter, edelster Menschen um sich zu vereinen, um ihren Kindern jede Anregung zum Nacheifer solcher Vorbilder zu verschaffen. Frühzeitig sollten dieselben das Bessere kennen lernen und nach dem Idealen streben. Die Einwirkung und der Einfluß einer solchen Mutter wurde dem Sohne ein Segen und ein Leitfaden der ihn durchs Leben und zu des Ruhmes höchster Stufe geführt hat. Felix Mendelsohn schöpfte aus der Liebe und Anerkennung derselben seine hohe Begeisterung für die Kunst, die in ihm ihren edelsten Jünger besaß.

Wie entzückte er jedes Herz durch seine seelenvollen, vom poetischen Hauch durchwehten „Lieder ohne Worte“, welche Andacht erweckt die schöne Hymne „Hör mein Bitten, Herr neige Dich zu mir“. Welche Erhabenheit und Inbrunst in seinen Oratorien „Elias“ und „Paulus“, seinen Kantaten, brillanten Klavier- und Gesangs-Kompositionen; dieser Hauch von Schwermuth, der über das so ergreifende Lied „Es ist bestimmt in Gottes Rath“ ausgegossen ist, gleicht es nicht dem Rufe eines Engels, der Verheißung einer bessern Welt? — Viel zu früh war seinem Genius das Ziel gesteckt, ein früher Tod ereilte ihn, der durch seine klassischen Schöpfungen sich Unsterblichkeit errungen, durch seine Liebenswürdigkeit und Herzenswärme alle Herzen im Sturm eroberte und ewig sich zu eigen machte.

(Schluß folgt.)

Stadttheater.

In dem wunderbaren Poem: „Romeo und Julia“, in welchem gestern Abend Frl. v. Vestvali den Romeo, ein zweiter Gast, Frl. Lund, die Julia gab, hat Shakespeare das Süßeste und Bitterste, Liebe und Haß, sprudelnde Laune und düstre Ahnung, Liebesumfangen und Begräbniß, die Fülle des Lebens und der Selbstvernichtung vereinigt. Was der Duft des südlichen Frühlings Bezauberndes hat, was im Gesange der Nachtigall schmachtet, und in der sich öffnenden Rose wollüstig erglüht, das durchweht dieses Gedicht. Und alle diese Gegensätze sind in dem harmonischen und wunderbaren Werk so gemischt, daß der Widerhall, den das Ganze im Gemüthe zurückläßt, nur ein einziger, endloser Seufzer scheint. Die unübertreffliche Verherrlichung der glühendsten und zärtlichsten Liebe entströmte der Seele des Dichters noch in seiner Jugend. Wie gaben nun unsere beiden Gäste, deren Spiel den Erfolg verbürgen sollte, diesen üppigen Liebesfrühling wieder? In der Anlage ihrer Darstellung waren beide Künstlerinnen seelenvoll, innig und hingebend, wie wir es nicht besser erwarteten. Man sah und konnte mit Händen greifen, wie geübt und geschult, wie durchdacht und sinnreich ihr Spiel war. Gleichwohl zündete ihr Spiel nicht und konnte auch nicht zünden. Offenbar hatte zunächst Frl. v. Vestvali die Sprödigkeit des Publikums gegen einen von einer Frau dargestellten Romeo zu überwinden, doch es wäre ihr gelungen, wenn dieselbe statt ihrer, wenigstens in den tieferen Lagen, etwas rauh klingenden Sprache das für einen Romeo besser anstehende wohlklingende Organ des Herrn Neumann besäße. Zu monoton vibrirend und tremulirend war in der Deklamation die Julia, auch sie hätte bei mehr Modulation der Stimme die Erfolge erzielt, die sie ihrer Erscheinung und ihrer vortrefflichen Mimik nach gewiß verdiente. Wir glauben nicht unrecht zu haben, wenn wir hierin für den den beiden Gästen knapp zugemessenen Beifall seinen berechtigten Grund finden. Sieht man aber von dem mächtigen Zauber der Sprache ab, so ist es wohl glaublich, daß beide Künstlerinnen in diesen Rollen anderwärts mehr als hier reüssirt haben.

Wie es nicht anders zu erwarten, war Frau Egli eine ganz vorzügliche Amme der Julia; sie hat den Hervorruf mit vollem Recht verdient. Von den andern Leistungen sind die des Herrn Eckert als Mercutio und des Herrn Rhode als Bruder Lorenzo hervorzuheben, auch Herr Schönleiter als Capulet entsprach diesmal unsern Anforderungen. Die Gesammtaufführung war bei billiger Rücksichtnahme eine befriedigende, nur schadete bei allen hierorts gegebenen Dramen Shakespeares die unbarmherzige Scheere des Regisseurs.

— t. —

über Krieg und Frieden, verbunden sei. Auch würde er diese Prärogative, selbst wenn die Versammlung ihm dieselben anvertraut hätte, nicht angenommen haben. Er hege den Wunsch, sowohl mit der Minorität der Versammlung wie mit der Majorität im Einvernehmen zu handeln. Der Redner schloß: Ich werde auf meinem Posten bleiben, so lange es nothwendig ist. Das Wohl der Nation ist meine einzige Sorge. Ich hege keinen andern Ehrgeiz, als nach Erfüllung meiner Pflichten gegen das Vaterland in das Privatleben zurückzukehren.“ Die Rede wurde mit Beifall aufgenommen. Der Deputirte Sorin konstatirte darauf, daß auch die Minorität mit Genugthuung von den Worten Serrano's Kenntniß genommen habe. Serrano theilte schließlich noch ein Telegramm aus Kuba mit, nach welchem die Insurrektion dort in Abnahme begriffen ist.

Italien.

Aus **Neapel**, den 20. Februar wird der „A. A. Ztg.“ geschrieben: Unter ungeheurem Zudrang ist am 17. d. in der vierten Session des Appellhofes der vielbesprochene Prozeß des Priesters Treglia verhandelt worden. Es handelt sich dabei um die Frage: ob die Gesetze gestatten, daß ein Priester sich verheirathe. Der Deputirte, Advokat Catucci, führte das Recht der Geistlichen vom bürgerlichen Standpunkt glänzend durch, und fand großen Beifall von Seite des Publikums, in welchem auch zahlreiche Geistliche zu bemerken waren. Die Erwiderung des Advokaten Origlia war schwach, und man erwartet allgemein, daß der Ausspruch dahin gehen werde, daß die Gesetze des Staats die Verehelichung der katholischen Priester nicht ausschließen.

Rußland und Polen.

Aus **Rußland**, 15. Februar. Betreffs der von russischen Blättern gebrachten Nachricht, wonach in Wilna polnische Damen, die nicht in Nationaltrauer auf der Straße sich blicken lassen, vom polnischen Pöbel mit Vitriol begossen werden, wird dem „Dziennik“ Folgendes geschrieben:

Die Damen in Wilna wie in Warschau tragen keine Mäntel von hellen Stoffen, weil dies nicht Mode ist. Von Traueranzügen ist dagegen gar keine Rede; die Polizisten führen die in dunkle Stoffe gekleideten Damen ohne Umstände auf das Revierbureau, wo sie nach manchen Chikanen eine Geldstrafe erlegen müssen. Keine Dame wird daher, um sich nicht Unannehmlichkeiten zuzuziehen, auf der Straße in vollständig dunkler Kleidung erscheinen. Es muß dies daher eine Erfindung der Polizei sein, oder sie selbst setzt derartige Vorkommnisse in Szene, um einen Vorwand zur Auflegung neuer Kontributionen zu haben.

a. **Narwa**, 20. Februar. Nach einem Befehle des Generalgouverneurs der Ostseeprovinzen haben die in mehreren Städten bestehenden Vereine, wie Schützen- Gesang-Vereine 2c. ihre Statuten einreichen müssen. Diese Vereine, welche lediglich einen geselligen Zweck verfolgen, meist von Deutschen gegründet worden sind, aber auch Russen unter ihren Mitgliedern zählen, halten sich von jeder Politik fern und es läßt sich daher annehmen, daß dem Ganzen nichts weiter als die Absicht einer formellen Durchsicht der Statuten zu Grunde liegt. — Die auf der Insel Krönholm am Narowafalle gegründete Baumwollenwaarenfabrik, eine der größten derartigen Anlagen — vielleicht in Europa, — beschäftigt gegenwärtig, wo die Geschäfte flau gehen, gegen 400 Menschen, welche zum Theil Ausländer sind und durchweg nicht zur Kathegorie der Landarbeiter gehören, also dem Ackerbau nicht entzogen werden. Diese Anlage, von drei Kaufleuten aus Moskau mit einem Kapital von 5 Millionen Rubel gegründet und von einem eingewanderten Deutschen, Herrn Kolbe aus Schlesien, mit Umsicht und praktischem Sinne verwaltet, bildet eine besondere, eine Viertelmeile oberhalb der Stadt an der Narowa belegene Kolonie, wo die Arbeiter Wohnungen, eigene Bäckerei und Schlächterei 2c. haben und wo für unverheirathete Personen eine ausgedehnte Garküche besteht. Eine Kirche, mit drei Abtheilungen — für Russen, Protestanten und Katholiken — und eine ebenso gebildete Schule für die Kinder der Arbeiterfamilien werden von der Verwaltung unterhalten. Die Anstalt besitzt ferner einen eigenen Arzt. Eine Kranken- und Sterbekasse so wie eine Sparkasse bietet den Leuten Gelegenheit, mit geringen Einlagen für ihre Zukunft sorgen zu können. In dem aus zwei Lang- und drei Querflügeln bestehenden vier Stockwerke hohen Hauptgebäude sind Balken, Thüren und Fensterrahmen von Eisen, die Thürfutter, Schwellen und Fenstersimse aus Sandstein und die Pflasterung ist durchweg aus Quadern, der Steinart, aus der das Gebäude aufgeführt und die am Narowa-Flusse gebrochen ist. Das Etablissement hat eine eigene Gasanstalt und die Beheizung ist durchweg Heißwasserheizung. Ein dem Narowafalle abgezweigtes Stück mächtiger Kaskade treibt zwei eiserne Turbinen von 320 und 310 Zentner Gewicht, welche die unverfügbare bewegende Kraft für die Maschinen bilden. Ein Engländer, Kurhill, sagt über diese Fabrikanlage, er habe etwas so Großartiges nie wieder gesehen. — Noch muß bemerkt werden, daß die Verwaltung mit einer fast väterlichen Sorgfalt über dem leiblichen und geistigen Wohle der Arbeiter wacht.

□ **Warschau**, 23. Februar. Wie ich höre, haben diejenigen Majoratsherren, welche ihre Majorate in Pacht zu geben und im Auslande oder in Rußland zu leben gedenken, die Weisung erhalten, in Polen zu bleiben und dort einen Hausstand zu führen. Sie dürfen zwar einen Theil des Jahres außerhalb Polens zubringen, müssen dann aber einen Sohn, Bruder oder sonstigen nahen Verwandten, oder einem zuverlässigen Administrator — einen Russen oder einen Deutschen — die Bewirthschaftung überlassen. Es muß also Jemand sein, der den Majoratsherrn repräsentiren kann. Denn die Regierung hatte bei der Belehnung mit einer Donation neben Anderen auch den Zweck vor Augen, sich im Lande eine Macht zu gründen, welche vermittelnd zwischen ihr und der Opposition stehen, und erforderlichen Falls für sie eintreten könnte. Dieser Zweck geht jedoch vollständig für die Regierung verloren, wenn die Majorate in Händen von Pächtern oder politisch unzuverlässigen Miethlingen sich befinden und die Dotirten selbst abwesend sind. — Die Viehversicherungsangelegenheit ist jetzt geregelt und die Einführung einer bestimmten laufenden Jahressteuer pro Stück und Kopf durch ein Gesetz genehmigt. Es sollen Fonds gebildet werden, welche zur Deckung der zu zahlenden Entschädigungen für gefallenes Vieh dienen, ohne daß die Viehbesitzer bei vorkommenden Viehseuchen zu Nachschüssen herangezogen zu werden brauchen. Die Entschädigungen werden nach dem Gutachten von Kreiskommissionen, welche mit dem zeitigen Viehpreise vertraut sein müssen, normirt.

□ **Konin**, 23. Febr. Nach einem Erlaß der Regierung vom vorigen Monate werden diejenigen Familien polnischer Abkunft, die Adelsrechte beanspruchen, aber bis jetzt ihren Adel noch nicht ausreichend nachzuweisen vermochten, aufgefordert, bis zum 1. Juli d. J. alle ihre Abkunft betreffenden Dokumente und Schriftstücke bei der Bezirksbehörde zur weiteren Veranlassung einzureichen. Bei Familien dieser Kategorie, welche bis zu dem angegebenen Termine ihre Anträge nebst betreffenden Belegen nicht einbringen, wird angenommen, daß sie auf weitere Verfolgung ihrer beanspruchten aber noch nicht festgestellten Adelsrechte verzichten. In der hier beregten Verordnung sind selbstredend notorisch Adelige und bereits vor dem Jahre 1830 als adelig Anerkannte nicht berührt, sondern nur diejenigen Familien, welche in den letztern Jahren begonnen, sich als Adelige zu geriren. Die Zahl dieser, von denen über die Hälfte noch nicht anerkannt sind, soll mehrere Hundert betragen. Nachdem Polen eine russische Provinz geworden, hat der Adel an früheren Prärogativen sehr verloren, zumal in Rußland der Geburtsadel eigentlich nicht ursprünglich und nur der Rangadel — derselbe hat 14 Klassen — giltig ist. Auch in Bezug auf das Militärverhältniß gewährt er keine Vortheile mehr, da nach dem neuen Rekrutirungsgesetze jeder taugliche junge Mann dienstpflichtig ist, wenn ihm die in dem betreffenden Gesetz enthaltenen Ausnahmebegünstigungen nicht zu gute kommen. — Sobald die bevorstehende Reform der Kreisgerichte durchgeführt sein wird, soll auch die Verwendung der in den Kreisstädten stationirten Kosaken zu Gerichtsboten und Exekutoren aufhören und werden für diese Funktionen in Zukunft wirkliche Beamte angestellt werden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Belgrad, 23. Februar. Der heutige „Vidovdan“ stattet der ungarischen Regierung Namens des serbischen Volkes den besonderen Dank für die öffentliche Verhandlung des Prozesses des Ex-Fürsten Alexander Karageorgiewitsch ab und hofft, die höheren Gerichte werden das Urtheil bestätigen.

Alexandria, 11. Februar. Gestern hat der Vicekönig die Session der Landesvertreter mit einer Rede eröffnet, welche die Finanzlage als vortrefflich schildert und versichert, daß Egypten sich nie in einem blühenderen Zustande befunden habe, als jetzt.

Griechenland.

— Aus Athen wird unter dem 24. d. telegraphisch gemeldet, daß Photiades Bey wieder auf seinen Posten als türkischer Gesandter zurückkehrt. Dagegen sei noch keine Bestimmung getroffen, ob J. Delyannis Griechenland von Neuem in Konstantinopel vertreten oder einen Nachfolger erhalten werde.

Amerika.

— Vom Kriegsschauplatze in Paraguay berichten die mit der letzten Post eingetroffenen Zeitungen im Ganzen Folgendes:

Nach der Niederlage des Diktators Lopez bei Lombas Valentinas, wo sein Hauptquartier den Brasilianern in die Hände fiel, wandte sich der Marquis de Caxias gegen Angosturas und forderte am 24. Dezember die Besatzung zur Uebergabe auf. Der Kommandant verweigerte dieselbe, und so eröffneten am 25. Dezember 36 Geschütze ein heftiges Bombardement auf den Platz, bei welchem nicht weniger als 2000 Schüsse gefeuert wurden, eine Menge Raketen noch nicht eingerechnet. Die Außenwerke und eine im Rücken der Stellung liegende Höhe fiel schließlich den Aliirten in die Hände und ein Ausfall, den Oberst Vasco mit 400 Pferden machte, schlug gänzlich fehl. Am 27. Morgens wurden 24 Kanonen auf der vorerwähnten Höhe aufgefahren und aus der Front wie vom Rücken her begann ein abermaliges gewaltiges Feuer, unter dessen Schutz die Aliirten zum Sturme vorgingen und den Feind mit großem Verlust aus seinen Werken hinauswarfen. Die Vertheidiger derselben stehen mit Hinterlassung von 14 Geschützen und bedeutenden Vorräthen sowie des Diktators Gepäck in den Wällen. Er selbst entkam, gefolgt von Mr. Lynch, General Resquin und einem kleinen Trupp Kavallerie. Unter denen, die sich ergaben, waren Dr. Stuart, ein Engländer, und Oberst Eister, ein Ungar. Am 28. wurde die Garnison der Stadt Angostura zur Uebergabe aufgefordert und nach längeren Verhandlungen gab der Kommandant den Wunsch zu erkennen, er wolle sich durch 5 Offiziere überzeugen, ob Lopez in der That den Rest der Position geräumt habe. Das wurde gewährt und die betreffenden Offiziere wurden allenthalben herumgeführt, worauf am 30. die Kapitulation zur Annahme gelangte. Die Besatzung, 1200 Mann stark, rückte unter den Obersten Lucas Carillo und Georg Thompson mit fliegenden Fahnen auf einen vereinbarten Platz und streckte die Waffen. Die Offiziere gaben ihr Wort, in dem gegenwärtigen Kriege nicht mehr zu dienen und behielten ihre Degen. Lopez' Aufenthalt war unbekannt. Villeta wie Asuncion sind in der Hand der Alliirten, welche Maßregeln trafen, das Entkommen des Diktators nach Bolivia zu verhindern.

Vom Landtage.

16. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 24. Februar. Eröffnung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch Dr. Leonhardt und v. Mühler.

Erster Gegenstand der T.-O. ist der Bericht der Justiz-Kommission über das Gesetz, betr. die Gerichtsbarkeit und das gerichtliche Verfahren in Ehe- und Verlöbnißsachen in der Provinz Hannover.

Die Kommission hat den vom Abgeordnetenhause herübergekommenen Entwurf in zwei Paragraphen geändert, und zwar in §§ 8 und 10.

§ 8 der Fassung des Abgeordnetenhauses lautet: „Die Kronanwaltschaft kann zum Zwecke der Aufrechterhaltung einer Ehe neue Thatsachen und neue Beweismittel beibringen, auch die Aufnahme der Beweise betreiben. Nichtige Ehen, sofern die Nichtigkeit nicht lediglich auf einem Privatinteresse beruht, hat die Kronanwaltschaft als Kläger gegen beide Ehegatten als Beklagte anzufechten. Insoweit hiernach die Kronwaltschaft zur Erhebung der Klage verpflichtet erscheint, ist dieselbe bei bereits anhängigem Rechtsstreite berechtigt, der einen oder anderen Prozeßpartri beizutreten, selbstständig Anträge zu stellen und Rechtsmittel zu verfolgen“, während die Kommission folgende Fassung vorschlägt: „Nichtige Ehen hat die Kronanwaltschaft, sofern die Nichtigkeit nicht lediglich auf einem Privatinteresse beruht, als Kläger gegen beide Ehegatten als Beklagte anzufechten. Auch ist sie in diesem Falle befugt, bei bereits anhängigem Rechtsstreite der einen oder anderen Prozeßpartei beizutreten, selbstständig Anträge zu stellen, neue Thatsachen und Beweismittel beizubringen und Rechtsmittel zu verfolgen. Dieselben Befugnisse kann sie bei einer Klage, welche die Trennung einer Ehe zum Gegenstande hat, zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ehe geltend machen.“

§ 10 lautet nach der Fassung des Abgeordnetenhauses: „Der Erhebung einer Klage, welche die Trennung einer Ehe zum Gegenstande hat, muß ein Sühneversuch durch einen Geistlichen voraufgehen. Diese Vorschrift erleidet jedoch eine Ausnahme: 1) wenn der Aufenthalt des Beklagten unbekannt und außerhalb des Königreichs ist; 2) wenn dem Sühneversuche nach dem Ermessen des Vorsitzenden des Prozeßgerichts schwer zu beseitigende, vom Kläger nicht verschuldete Hindernisse entgegenstehen; 3) wenn die Ehegatten einer Religionsgesellschaft, deren Geistliche Amtshandlungen mit bürgerlicher Wirksamkeit vorzunehmen, befugt sind, nicht angehören.“ — während die Kommission vorschlägt: Alin. 1 zu fassen: „wenn der Aufenthalt des Beklagten unbekannt ist“ (also die Worte: „oder außerhalb des Königreichs“ zu streichen); und in Al. 2 statt „nach dem Ermessen des Vorsitzenden“ zu setzen: „nach dem Ermessen des Prozeßgerichts“.

In der Generaldiskussion spricht Graf Rittberg für den Gesetzentwurf.

Graf Borries spricht gegen das Gesetz. Er rügt daran, daß die Geistlichen von der Einwirkung auf diese Fragen ganz ausgeschlossen werden; daß die konfessionelle Seite nicht genug berücksichtigt werden könnte, wenn diese Sachen den weltlichen Gerichten überwiesen würden, während er der Ansicht sei, daß bei der Ehe Kirche und Staat nicht getrennt werden dürften. Sollte das Haus das ganze Gesetz nicht ablehnen wollen, so bittet er, wenigstens bei den Amendements der Kommission stehen zu bleiben.

Der Justizmister: Das vorliegende Provinzialgesetz ist von dem Provinzial-Landtag dringend gewünscht und von dem obersten Gerichtshof befürwortet worden. Es ist ein Provinzialgesetz, das nichts weiter bezweckt, als eine Wohlthat, welche die ganze preußische Monarchie schon genießt, auch auf die Provinz Hannover zu übertragen. Und ich glaube, daß, wenn das Gesetz hier zu Falle kommen sollte, dies in Hannover einen sehr üblen Eindruck machen würde, indem man glauben könnte, daß die Regierug das Gesetz nicht genügend vertheidigt hätte. So sehr ich den Herrn Berichterstatter (v. Kleist-Retzow) schätze, so muß ich doch aussprechen, daß nach dem Berichte Diejenigen, welche dem Herrn Berichterstatter das Material suppeditirt haben, nur solches beigebracht haben, das ihren Intentionen entspricht, das Gesetz zu Falle zu bringen. Der Herr Abgeordnete für Meppen hat gestern im Abgeordnetenhause den Ausspruch gethan: „Timeo lectorem unius libri“. Als ich diesen Kommissionsbericht las, da mußte ich diesen Ausspruch für vollkommen begründet halten. Der Minister geht sodann ausführlich auf das bisherige Verfahren in Ehesachen in Hannover ein und verurtheilt dasselbe sehr scharf. Er nennt es „absurd“, daß über christliche Ehen bisher ein Einzelrichter zu entscheiden habe, über jüdische Ehen dagegen der große Senat des Obergerichts. Ein solcher Zustand trage doch wahrlich nicht dazu bei, die Wichtigkeit und Heiligkeit der Ehe in das richtige Licht zu stellen. Die christliche Ehe in Hannover befinde sich in einem großen Nothstande, dem das Gesetz abhelfen solle. Eine Reform dieser Verhältnisse sei schon längst in Hannover angebahnt gewesen; und bald nach der Vereinigung mit Preußen wären von allen Seiten Wünsche auf eine Reform laut geworden; auch die damals berufenen honnoverschen Vertrauensmänner hätten diesen dringenden Wunsch ausgesprocheu, und die Regierung habe es ihnen zugesagt. Auch selbst die Konsistorien hätten sich zwar zum Theil für Belassung der Gerichtsbarkeit bei den Konsistorien, keineswegs aber für Aufrechthaltung des bisherigen Zustandes ausgesprochen, denselben vielmehr durchaus für reformbedürftig hingestellt. Die Ehe müsse geschützt werden; es dürfe nicht länger gestattet werden, daß die jüdischen Ehen höher gehalten werden, wie die christlichen; das wünschten auch die Konsistorien. Wenn aber reformirt werden solle, sei es unmöglich, die Konsistorial-Gerichtsbarkeit stehen zu lassen, das Abgeordnetenhaus werde doch unmöglich seine Hand dazu bieten, da doch in dem ganzen übrigen Theile der Monarchie die Gerichtsbarkeit den weltlichen Gerichten überlassen sei. Auch politische Gründe sprechen dafür. Wenn man den Hannoveranern etwas abschlage, was im ganzen übrigen Staate sich bewährt habe, müßte doch nothwendig eine Verstimmung eintreten. Der Gesetzentwurf rühre übrigens nicht von ihm, sondern von seinem Amtsvorgänger her.

Herr Uhden weist als Vorsitzender der Justizkommission den Vorwurf des Justizministers zurück, daß der Referent ein einseitiges Referat erstattet habe. Das Referat stamme nicht vom Referenten, sondern von der Kommission her und sei von dieser in allen Punkten gebilligt worden.

Der Justizminister erklärt, daß er glaube, sich so vorsichtig wie möglich ausgedrückt zu haben. Er habe Niemanden einen Vorwurf machen wollen. Wenn er in der Lebhaftigkeit der Diskussion wirklich eine derartige Aeußerung gethan hätte, so dürfe man dieselbe nicht so scharf auffassen.

Herr Hasselbach: Der Herr Justizminister hat gegen den Berichterstatter Herrn v Kleist-Retzow polemisirt. Ich möchte dabei nur der irrigen Ansicht vorbeugen als vertrete er die Ansichten der Majorität. Herr v. Kleist gehört vielmehr zur Minorität, ich habe aber das Vertrauen zu Herrn von Kleist, daß er bei diesem Gegenstande von Wichtigkeit auch die entgegenstehenden Ansichten der Majorität gründlich entwickele.

Herr v. Kleist erklärt, daß er das Schlußreferat aus diesem Grunde nicht übernehmen wolle und wünscht deshalb das Wort außer der Reihe, was ihm aber der Präsident der Geschäftsordnung gemäß nicht gestatten kann.

Graf York erklärt, daß Herr v. Kleist keineswegs einstimmig, sondern nur mit 7 gegen 4 Stimmen zum Referenten gewählt worden sei.

Herr v. d. Knesebeck tritt das Wort an Herrn v. Kleist ab.

Referent v. Kleist-Retzow erklärt, daß er das Referat durchaus nicht willig übernommen, sondern selbst gegen sich gestimmt habe. Man habe ihn aber trotzdem dazu gewählt, und ihm ausdrücklich das Recht ertheilt, den Standpunkt der Minorität zu vertreten. Den Vorwurf des Justizministers, daß der Kommissionsbericht einseitig abgefaßt sei, müsse er durchaus zurückweisen. Auf die Sache selbst übergehend, bekämpft Redner energisch den Kommissionsantrag, dem Gesetze zuzustimmen. Die erste Kammer in Hannover sei immer für Beibehaltung der geistlichen Gerichte gewesen: das Herrenhaus sei Nachfolger dieser ersten Kammer. Er bedauert, daß man jetzt überall dem Abgeordnetenhause zu viel nachgebe, und den Sieg des „neuen“ Rechts über das Bestehende von Seiten der Regierung so sehr befördere. Die Parlamentsschreier dürfen nicht allein maßgebend sein, sondern die Mehrheit des gottesfürchtigen Volkes. Man solle die Zustände so lassen, wie Gott sie gefügt hat.

Der Kultusminister konstatirt, daß in dieser Frage das Kultusministerium durchaus auf einem Boden stehe mit dem Justizministerium. Die bestehende Gerichtsbarkeit habe so viele Mängel und Schäden, daß eine radikale Reform nöthig sei; eine solche Reform sei aber auf einem andern Wege nicht möglich. Es sei ein entschiedener Grundsatz unserer Verfassung, daß auch die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den weltlichen Gerichten gehöre. Hiervon könne man nicht abgehen. Eine Mitwirkung der Synoden zu dieser Veränderung sei nicht erforderlich. Der Zustand in den älteren preußischen Provinzen sei durchaus nicht so schlimm, wie der Vorredner ihn geschildert; die geistlichen Sühneversuche finden zahlreich mit Erfolg statt; und dies werde ja mit auf Hannover übertragen. Die Annahme des Gesetzes werde wesentlich beitragen, schwierige und mißliche Verhältnisse in Hannover zu beseitigen ohne Schädigung des materiellen Rechtes und ohne Schädigung des kirchlichen und christlichen Bewußtseins.

Herr v. d. Knesebeck hält eine längere Rede, ist aber so wenig verständlich, daß nicht einmal ersichtlich ist, ob er für oder gegen das Gesetz spricht.

Fürst Radziwill ist sowohl gegen die Kommissionsvorlage, wie gegen die Regierungsvorlage. Die Gesetze seiner, der katholischen Kirche, seien für ihn maßgebend; schon das Concilium Tridentinum habe sich für geistliche Gerichte in Ehesachen ausgesprochen.

Herr v. Senfft-Pilsach ist gleichfalls als evangelischer Christ gegen das Gesetz. Nach Art. 115 sei die Kirche selbstständig, man dürfe ihr deshalb nicht ungehört eines ihrer wichtigsten Institute nehmen.

Es folgt die Spezialdiskussion.

Zu § 1, welcher das Prinzip des Gesetzes enthält: „Rechtsstreitigkeiten, welche die zivilrechtliche Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe, die Herstellung des ehelichen Lebens, die Zustimmung zur Ehe oder die Eingehung der Ehe zum Gegenstande haben, gehören in erster Instanz zur Zuständigkeit der großen Senate der Obergerichte“ spricht Graf Rittberg. Er empfiehlt die Annahme desselben, die durch das preußische Staatsrecht geboten sei.

Referent v. Kleist-Retzow bekämpft wiederum diesen Paragraphen im Interesse der Minorität der Kommission. Wozu solle denn das Herrenhaus immer nachgeben? Es werde durch zu große Nachgiebigkeit gegen das andere Haus seine verfassungsmäßige Gleichberechtigung mit den übrigen Faktoren einbüßen. Möge man deshalb das Gesetz ablehnen; das andere Haus werde sich dann schon bequemen, die Reform wenn sie nöthig ist, auf dem Wege zu suchen, den das Herrenhaus für richtig hält, auf dem Wege der gemischten Gerichtsbarkeit

Der Kultusminister erklärt, daß er durchaus nicht aus Rücksicht auf das andere Haus, sondern aus inneren Gründen die Annghme des Gesetzes empfohlen habe.

Der Justizminister: Herr v. Kleist scheint den stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht sehr große Aufmerksamkeit zu schenken, sonst würde er wohl nicht haben behaupten können, daß die Regierung im Abgeordnetenhause keine Rücksicht auf das Herrenhaus nehme. Gerade bei Artikel 8 dieses Gesetzes bin ich aus diesem Grunde sehr energisch eingetreten und habe dringend gebeten, denselben im Interesse der Anschauungen des Herrenhauses anzunehmen. Was die Sache selbst anbetrifft, so ist es ganz unmöglich, die Konsistorialgerichtsbarkeit in Deutschland wieder herzustellen, nachdem sie im Laufe der

geschafft worden ist. Sie können nicht unsere Rechtsentwickelung auf ein halbes Jahrhundert zurückschrauben. Es liegt auch durchaus nicht im konservativen Prinzip, einen schlechten Zustand, den man selbst für schlecht hält, zu konserviren, weil man seinen Willen nicht ganz durchsetzen kann. Es ist übrigens auch durchaus nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die Mitglieder der weltlichen Gerichte meist unkirchliche Männer wären.

Herr v. Bernuth: Ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß durch den Beschluß der Justizkommission die Stelle des Berichterstatters einem Mitgliede der Minorität übertragen worden ist. Der Eindruck, den die Verhandlungen zwischen dem Referenten Herrn v. Kleist und dem Minister machen, ist der, als ob die Kommission für die Beibehaltung der Konsistorialgerichte wäre, während dieselbe doch im Gegentheil beschlossen hat, den § 1 und das ganze Gesetz anzunehmen. Ich möchte wünschen, daß dies für künftige Fälle nicht zum Usus würde, da es doch eine eigenthümliche und nicht sehr glückliche Erscheinung ist, daß auf diese Weise die Interessen der Majorität gar nicht wahrgenommen werden. Leider habe ich, obgleich Mitglied der Justizkommission, den Sitzungen derselben nicht beiwohnen können, sonst würde ich mit der Majorität gestimmt haben; gewisse veraltete Institutionen, die nur noch eine Scheinexistenz führen, wieder aufzufrischen, wird Ihnen nie gelingen.

Herr Uhden erklärt, daß es der Geschäftsordnung nicht zuwider sei, ein Mitglied der Minorität zum Referenten zu ernennen, und dies sei früher, z. B. bei Herrn Dernburg, schon einmal geschehen.

Herr Dr. Dernburg räumt ein, daß dies einmal geschehen sei. Eine solche Aufgabe für einen Berichterstatter sei allerdings sehr schwierig und peinlich; jedenfalls aber habe er dann die Pflicht, die Ansichten der Majorität in möglichst objektiver Weise dem Hause darzustellen.

Herr Hasselbach erklärt, daß gerade Herr Kleist damals gerügt habe, daß Herr Dernburg die Interessen der Majorität nicht genügend vertreten habe.

Herr v. Senfft-Pilsach erklärt das Verfahren der Kommission für zulässig, und stellt in Aussicht, daß ein ähnliches Verfahren auch bei dem Gesetze über den Judeneid stattfinden werde.

Die Debatte geht darauf weiter; die Herren Graf Borries und v. Schlieckmann sprechen gegen § 1, der Justizminister für denselben.

Der § 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 42 Stimmen angenommen.

Die §§ 2—7 werden darauf ohne Debatte angenommen; zu dem oben mitgetheilten § 8, den die Kommission verändert hat, spricht Graf Rittberg für die Fassung des Abgeordnetenhauses, Herr Uhden für den Kommissionsantrag.

Der Justizminister spricht nochmals nachdrücklich für den § 1 nach der Fassung der Regierungsvorlage, die vom Abgeordnetenhause akzeptirt sei. Man möge doch nicht immer von einer Pression des Herrenhauses sprechen; er sei stets vermittelnd eingetreten; sonst könnte ja die Gesetzgebung nicht vorwärts kommen. Gerade dieser Paragraph habe den lebhaftesten Kampf im Abgeordnetenhause hervorgerufen, da dies die Zuziehung der Staatsanwaltschaft ganz ablehnen wollte. Mit Rücksicht auf die Anschauung des Herrenhauses sei er für Beibehaltung des Paragraphen eingetreten, und es sei ihm in der Schlußberathung gelungen. Wenn man hier nun jetzt die Befugnisse der Staatsanwaltschaft noch erweitern wolle, so komme dies einer Ablehnung des Gesetzes gleich. Was in der ganzen Monarchie Rechtens sei, sei auch für Hannover gut.

Herr v. Schlieckmann spricht für Aufrechterhaltung des Amendements der Kommission; ebenso die Herren Uhden und v. Kleist-Retzow, während der Justiz-Minister nochmals eindringlich für die ursprüngliche Regierungsvorlage eintritt.

Der Kommissionsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 40 Stimmen abgelehnt und die Fassung der Regierungsvorlage sodann angenommen.

Auch bei § 10 werden die Amendements der Kommission abgelehnt und die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederhergestellt.

Die übrigen Paragraphen werden unverändert angenommen und schließlich das ganze Gesetz in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.

17. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 25. Februar. Eröffnung um 11¼ Uhr. — Am Ministertisch: Dr. Leonhardt. — Das aus dem Abgeordnetenhause herübergekommene Gesetz betr. die juristischen Prüfungen, geht an die Justizkommission.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizkommission über das (auf Antrag des Abg. Dr. Kosch) im Abgeordnetenhause angenommene Gesetz betr. die Eide der Juden. — Die Kommission beantragt, das Gesetz unverändert anzunehmen. — Referent Graf Rittberg empfiehlt den Kommissionsantrag.

Baron Senfft v. Pilsach hält es für bedenklich, dem Gesetze zuzustimmen, weil die Initiative dazu nicht von der Obrigkeit, sondern vom „andern" Hause, oder vielmehr von Dr. Kosch gemacht sei. Die Vorlage von 1867 sei bedeutend besser gewesen, wie das heutige Gesetz. Er hält die ehrlichen Juden allerdings für zuverlässige konservative Männer, und glaubt nicht, daß sie viel falsch schwören; das möge wohl in rohen Zeiten in Polen vorgekommen sein; im Allgemeinen sei es richtig, daß die Juden viel Respekt vor dem Eide haben. — Die Vorlage werde, wenn sie zum Gesetz erhoben werde, einen gewaltigen Riß in das ganze System unserer Eidesleistung reißen; es liege gerade im Interesse der „jüdischen Nationalität", das Gesetz abzulehnen. Es werde viel zu viel geschworen; z. B. wäre es gut, wenn die Geschworenen nicht jedes Mal bei jeder Schwurgerichtssitzung, sondern ein für alle Mal nur einen Richtereid schwören. Es sei deshalb überhaupt eine allgemeine Reform des Systems der Eidesleistung nöthig; dabei könne man auch den Judeneid in Betracht ziehen. Die Juden wären übrigens im Allgemeinen mit ihrem gegenwärtigen System ganz zufrieden; das habe Moses Mendelssohn gesagt; den Judeneid haben wir von den Juden gelernt; denn die Juden sind älter wie die Christen, und die Form dieses Eides ist gerade sehr feierlich, wie der Eid zeigt, den der Hohepriester Kaiphas geleistet. Die Vorlage will den Juden zwingen, einen verstümmelten Christeneid zu leisten; das ist in den Augen der frommen Juden eine Blasphemie. Nur leichtsinnige Juden verlangen eine Aenderung, die frommen und ernsten nicht. Diese lieben das, was sie von Jugend auf gelernt haben und wollen es behalten. Man solle lieber danach streben, die Meineide zu verringern. Wenn die schlechte, mangelhafte und traurige Vorlage angenommen wird, so entsteht eine schwere Schädigung des preußischen Staates.

Präsident Graf Stolberg: Der Herr Redner hat wohl nur aus Versehen einen Gegensatz hingestellt zwischen leichtsinnigen und ehrlichen Juden; ich glaube nicht, daß wir in dieser Weise verhandeln dürfen.

Hr. v. Senfft: Ich habe nur von leichtsinnigen und ernsten Juden gesprochen.

Herr v. Bernuth empfiehlt den Kommissionsantrag. Die gegenwärtige Vorlage sei entschieden besser, als die vor sieben Jahren. Er spricht seine Befriedigung darüber aus, daß endlich diese Frage von der Tagesordnung der preußischen Landesvertretung und der Vertretung des Norddeutschen Bundes verschwinden werde. Die Justizkommission habe sich einstimmig dafür erklärt. Er legt die Gründe eingehend dar und zeigt, wie verletzend für die Juden, auch für die ernsten, die bisherige Eidesformel sei. Schon Rußland und Mecklenburg wären uns mit der Reform mit gutem Beispiel vorangegangen. Die Annahme liege im Interesse der Gerechtigkeit sowohl gegen die ernsten Juden, wie gegen die andere Kategorie, welche Herr v. Senfft aufgestellt.

Herr v. Kleist-Retzow erklärt, daß der Beschluß der Justizkommission nicht einstimmig gefaßt sei; Er habe dagegen gestimmt. Graf Rittberg erklärt, daß Herr v. Kleist ausdrücklich gesagt habe: „Ich will dem nicht entgegentreten." Herr Uhden erklärt, daß Herr v. Kleist in der Kommission nicht die Hand erhoben habe; alle anderen hätten dagegen gestimmt.

Reg.-Komm. Herzbruch erklärt, daß eine große Menge von Petitionen der Synagogen-Gemeinden eine solche Reform dringend wünschen. Er widerlegt sodann die jüdisch-theologischen Gründe, die Herr v. Senfft gegen die neue Vorlage gemacht; gerade die jüdischen Theologen hätten auch die neue Eidesformel für durchaus bindend erklärt. Daß das Gesetz aus der Initiative des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, sei doch kein Grund zur Ablehnung. Alle größeren Kulturstaaten hätten eine ähnliche Reform eingeführt und in den neuerworbenen Landestheilen wäre dies gleichsfalls geschehen.

Der Justizminister ist allerdings der Ansicht, daß es wünschenswerth, die Eidesleistung im Allgemeinen neu zu regeln. Da aber im Abgeordnetenhause ein Antrag über die Eide der Juden gestellt worden sei, habe er diesem aus den sachlichen Gründen nicht widersprechen können. Der vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzentwurf sei durchaus annehmbar; und sämmtliche Gutachten wären bejahend ausgefallen. Die allgemeine Regelung der Bestimmungen über die Eidesleistung werde die Regierung nicht aus dem Auge lassen.

In der Spezialdiskussion spricht Herr v. Senfft nochmals gegen § 7. 2000 Theologen und kirchliche Männer in Stuttgart hätten den Eid als einen feierlichen Akt des Religionsbekenntnisses hingestellt. Niemand könne ableugnen, daß es viele Atheisten bei uns giebt, ebenso bei den Juden. Die Herren hätten sich zwar mit jüdischen Sachen wenig befaßt; er aber wisse, daß viele jüdische Leute den Schabbes nicht feiern; viele reiche Juden gingen am Schabbes auf die Börse. Auf die Majoritäten der Synagogengemeinden könne man nicht allein Rücksicht nehmen; er kenne eine jüdische Majorität, die etwas sehr trauriges gethan habe, nämlich gerufen: „Kreuzige ihn". Es gehe nicht an, daß auch die Juden beim Eide die drei Finger der rechten Hand erheben; denn dieser Ritus sei ein spezifisch christlicher; er erinnere an die Dreieinigkeit. Man dürfe doch auch die armen Juden nicht zwingen, vor dem Kruzifix zu schwören. Bei den Juden haben die Mädchen und Frauen gewisse Bevorzugung; es sei nicht chevaleriemäßig, ihnen das zu entziehen.

Der Justizminister erklärt, daß die Annahme des Vorredners über die Bestimmungen des Gesetzes falsch sei; von der Aufhebung der drei Schwurfinger sei keine Rede; die Erhebung der rechten Hand beim Schwur sei schon in der vorchristlichen Zeit üblich gewesen. Ebenso wenig stehe im Gesetzentwurf etwas davon, daß der Jude vor dem Kruzifix schwören solle.

Graf Rittberg: Die große Majorität der ganzen Judenschaft will das Gesetz. Hr. v. Senfft freut sich, daß der Justizminister nichts geantwortet hat auf die Feiertage und nicht bestritten hat, daß nach der jetzigen Gesetzgebung die Frauen und Mädchen zu gewissen Zeiten vom Eide frei sind.

Hr. v. Thaden hat als Richter 30 Jahre lang die Erfahrung gemacht, daß die Juden sehr gewissenhaft beim Eide sind, und hält die vorgeschlagene Form für durchaus genügend. Kein Jude werde deshalb falsch schwören.

Der Justizminister ersucht Herrn v. Senfft, aus der Thatsache, daß er einer Behauptung von ihm nicht widerspricht, doch ja nicht anzunehmen, daß er derselben zustimmt.

§ 1 wird mit allen gegen etwa 10 Stimmen angenommen; ebenso die übrigen Paragraphen und schließlich das ganze Gesetz (dagegen u. A. v. Kleist-Retzow, v. Senfft-Pilsach, v. Waldaw-Steinhöfel, v. Kröcher ꝛc.)

Es folgt die Berathung der Subhastationsordnung.

Ref. Graf zur Lippe empfiehlt den Antrag der Kommission, das Gesetz in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung anzunehmen. Er spricht Namens der Kommission das Bedauern aus, daß es nicht möglich gewesen sei — aus Mangel an Zeit — das so wichtige Gesetz gründlich durchzuberathen.

An der Generaldebatte betheiligen sich Dr. Dernburg, v. Schlieckmann, Regierungs-Kommissar Dr. Falk. Das Gesetz wird, nachdem Dr. Dernburg ein Amendement zu § 9 gestellt und dann zurückgezogen, en bloc angenommen.

Das Gesetz, betreffend 1) die Anstellung im höheren Justizdienst (Graf zur Lippe stimmt dagegen); 2) die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen; 3) die Abänderung mehrerer Bestimmungen der Konkursordnung werden in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung genehmigt.

Auf den Antrag der Budgetkommission wird der Staatsregierung in Bezug auf die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1865, sowie in Bezug auf die Verwaltung des Staatsschatzes für 1865 die Entlastung ausgesprochen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

57. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 25. Februar. Eröffnung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch v. Itzenplitz und mehrere Kommissarien.

Abg. Dr. Bähr berichtet über den Gesetzentwurf, betreffend das Zivil-Prozeßverfahren im Geltungsbereiche der Verordnung vom 24. Juni 1867 und beantragt ihm zuzustimmen, jedoch dem § 2 (Zuständigkeit der Amtsgerichte im Bezirke des Appellationsgerichts in Kassel) hinzuzufügen: Die Amtsgerichte sind zuständig „für das Verfahren über Abtretung zu öffentlichen Zwecken und zu Eisenbahnen nach Maßgabe der kurhessischen Gesetze vom 30. Oktober 1824 und vom 2. Mai 1863, mit Anschluß des in letzterem vorbehaltenen gewöhnlichen Rechtsweges, wenn solcher wegen eines die Zuständigkeit des Kreisgerichts begründenden Gegenstandes beschritten wird". — Referent motivirt den Zusatz, der auch in dem Vorschlage des Kasseler Kommunal-Landtages enthalten und in der Vorlage wohl nur aus Rücksicht auf das dem Landtage vorgelegte Expropriationsgesetz weggeblieben sei; da die Nichterledigung des letzteren Gesetzes jetzt bereits mit Sicherheit vorauszusehen ist, so dürfte der Zustimmung der Regierung nichts im Wege stehen.

Abg v. Seydewitz begründet eine Reihe von Amendements, wofür nach der Meinung des Präsidenten die Spezialdebatte die geeignetere Stelle sein würde.

Reg.-Komm. Horstmann: Die Regierung hat sich, um der Zivil-Prozeßkommission nicht vorzugreifen, auf die Beseitigung der dringendsten Uebelstände beschränkt.

Abg. Gleim hat nicht die Absicht, noch in der zwölften Stunde eine lange Rede zu halten. (In demselben Augenblicke schlägt die Uhr des Hauses zwölf. Heiterkeit.) Die Vorlage entspricht nicht allen meinen Wünschen, gleichwohl dürfen wir das Gebotene nicht von der Hand weisen. Hilfe ist dringend noth.

Abg. Braun (Hersfeld) erinnert bei dieser Gelegenheit an den Gesetzentwurf, der ihm vom Handelsminister anläßlich seiner Interpellation wegen Herabsetzung der Stempel und Kosten im Kasseler Bezirk verheißen worden. Das entschiedene „Ja" des Ministers, welches damals das Haus in die angenehmste Stimmung versetzte, lasse noch immer auf seine Erfüllung warten.

Reg.-Komm. Horstmann wiederholt das frühere Versprechen und stellt eine dahin gehende Vorlage noch für die diesjährige Session in Aussicht. Ob die Frage im Falle der Nicht-Erledigung auf gesetzlichem Wege, durch Verordnung geregelt werden würde, könne er augenblicklich noch nicht bestimmt zusagen.

In der Spezialdebatte erklärt sich der Vertreter der Regierung mit dem Zusatze des Referenten zu § 2 einverstanden und gegen die von Seydewitz'schen Amendements, die theils abgelehnt, theils zurückgezogen werden. Das ganze Gesetz wird schließlich mit dem erwähnten Zusatz fast einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht des Ref. Miquel und v. Wedell über den Antrag des Abg. Berger (Witten), die Regierung aufzufordern, „sobald wie möglich, spätestens aber zu Anfang der nächsten Session einen Gesetzentwurf über den Bau einer festen Brücke bei Tilsit und einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit zum Anschluß an die Tilsit-Insterburger Bahn dem Landtage vorzulegen. Die Referenten beantragen, dieser Aufforderung in der Fassung zuzustimmen, daß die Vorlage in dieser oder in der nächsten Session erfolgen möge. Dagegen Abg. v. Behr: „sobald die Finanzlage des Staates es gestattet." Endlich beantragen v. Sybel, Heise und v. Zander: „die Regierung zu ersuchen, in dieser oder in der nächsten Session einen Gesetzentwurf über den für Rechnung des Staates auszuführenden Bau einer festen Brücke über die Memel bei Tilsit und einer Eisenbahn von Tilsit-Insterburger Bahn dem Landtage vorzulegen, wofern die Verwaltung und der Betrieb der Tilsit-Insterburg Bahn dauernd der Staatsregierung übertragen sein wird.

Referent Miquel gesteht, mit großen Bedenken sich für seinen Antrag entschieden zu haben. Aber die Sachlage darf über das Bedenken weggeben, Angesichts eines Defizits dem Staate eine neue Last zuzumuthen. Für den Bau der Brücke durch den Staat hat das Haus sich bereits früher entschieden. Die Frage, ob Staatsbahnen und Staatsgarantien oder nicht, ist hier nicht zu erledigen. Wir haben nun einmal Staatsbahnen und bewilligen Millionen für sie. Wenn es einen Fall giebt, in dem auch die Gegner der Staatsbahnen eine Ausnahme zulassen müssen, so ist es der vorliegende, wo ein vor der russischen Grenzsperre liegender, aus dem Verkehrsnetz ausgeschlossener Landestheil in dasselbe aufgenommen werden soll. Die äußerste Spitze des Vaterlandes muß mit doppelter Anstrengung an das Ganze herangezogen werden, auch aus militärischen Gründen und es spricht laut zu Gunsten der Sache, daß ein Abgeordneter aus dem äußersten Westen für eine Bahn im äußersten Osten eintritt. Der Handelsminister hat im vorigen Jahre seine Zusage ertheilt, der Finanzminister hat sie approbirt, da plötzlich im Februar dieses Jahres tritt der erstere mit Rücksicht auf die Lage des Staatshaushalts von seiner Zusage zurück. Auch bei vorsichtigster Auffassung unserer Finanzen kann man dies Bedenken nicht theilen. Es handelt sich um 8 Millionen, davon die Hälfte für die Brücke oder vielmehr die drei Brücken. Nun hat sich ein Komité gebildet, das das Kapital aufbringen will und nur für 4 Mill. Stammaktien eine Staatsgarantie von 4½ Proz. verlangt, die erst nach 3 Jahren in Anspruch genommen werden soll, d. h. ein Maximalzuschuß von 150,000 Thlr. Nach 3 Jahren haben wir hoffentlich kein Defizit mehr, in keinem Fall aber dürfen bis zum Wegfall desselben nicht unentbehrliche Verkehrsanstalten sistirt werden. Es handelt sich um die Rettuug eines abwärts gehenden Wohlstandes aus wachsendem Nothstande. Daß ein solcher vorliegt, beweist die Abnahme der Ausfuhr und Einfuhr im Memeler Hafen (1864: 7,206,000 resp. 3,600,000 Thlr., 1866: 6½ Mill., resp. 1,900,600 Thlr.), die Abnahme der Abgaben und Steuern in der Stadt Memel (früher 350- bis 400,000 Thaler, jetzt 200,000 Thaler), die Abnahme der Schifffahrt (1863: 1023, 1865: 900) Die Einkommensteuer sank von 7932 Thlr. im Jahre 1866 auf 3748 Thlr., im Jahre 1860 auf 3748 Thaler im Jahre 1863. Die Klassensteuer in Memel betrug 1860: 22,517 Thlr., 1868: 17,292 Thlr., ein deutlicher Beweis des sinkenden Wohlstandes in den kleinen Arbeitskreisen, die von den Schwankungen der Spekulation des Platzes doch nicht entsprechend affizirt werden können. Sogar die Grundsteuer fiel von 14,000 im Jahre 1860 auf 13,000 Thlr. im Jahre 1868, der Ertrag der Landwirthschaft nahm ab, kultivirtes Land nicht weit von der Stadt fiel wieder dem wüsten Zustande anheim, und das geschah, während alle Ostseehäfen sich einer wachsenden Blüthe erfreuen. Zum Ueberfluß bedroht Rußland durch die projektirte, nach der Rigaer Zeitung bereits vom Kaiser genehmigte und mit Zinsgarantie ausgestattete Kowno-Libauer Bahn Memel mit einer Konkurrenz die ihm den gesammten russischen Import entziehen würde Die russische Bahn ist viel kürzer, als die Memel-Tilsiter, der Bau ohne alle Schwierigkeit und daher viel früher fertig, selbst wenn beide Bahnen gleichzeitig in Angriff genommen werden. Die unsrige muß daher heute oder morgen gebaut werden, denn wie schwer würde es Memel werden, trotz der Vorzüge seines Hafens, den nach Liebau verzogenen Handel wiederzugewinnen. Mit dem Antrage Heise bin ich einverstanden. Ich bin auch dafür, daß der Staat die Bahn baue, damit der Kopf der 41 Meilen langen Ostbahn nicht in fremde Hände falle, zumal die Tilsit-Insterburger leicht zu acquiriren ist. Aber da ich nicht weiß, ob der Handelsminister den Finanzminister in diesem Sinne und zwar in nächster Zeit wird überzeugen können, da die Erwerbung der Tilsit-Insterbung eine Verwaltungssache ist, so bin ich dafür, der Staatregierung, die mit den Spezialien besser vertraut ist, die Initiative und freie Wahl, ob Staatsbahn oder Garantie, zu überlassen. Erst dann, wenn sie eine Vorlage bringt, wird das Haus sich für das eine oder andere zu entscheiden haben, nicht schon heute. — Man hat die Memel-Tilsiter als eine unrentable dargestellt und sie eine Sackbahn genannt. Aber dieser Ausdruck paßt wohl auf die Memel-Insterburger, jedoch nicht auf eine Bahn, die in einen trefflichen, fast das ganze Jahr durch offenen Hafen einmündet. Jedenfalls ist die Memel-Tilsiter in Verbindung mit der Ostbahn gut und Staatsbahnen sollen ja nicht in erster Reihe gute Geschäfte machen, sondern die wirthschaftliche und Steuerkraft des betreffenden Landestheils stärken. (Lebhafter Beifall.)

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich kann dem Herrn Referenten nicht genug danken für seinen gründlichen und vollständigen Vortrag über diese Angelegenheit; ich darf versichern, er hat mir Wort für Wort aus der Seele gesprochen. Ich habe unausgesetzt mich bemüht, diese Bahn, die durchaus nothwendig ist, zu Stande zu bringen; habe auch, was ich versprochen, vollständig gehalten. Ich habe Alles vorbereitet und bin am Ende auf den Uebelstand der augenblicklichen Finanzlage gestoßen. Gleichzeitig aber, m. H., erwuchs in mir die Hoffnung, nachdem, was ich sowohl hier im Hause als auch anderweitig vernommen habe, daß jetzt wohl Aussichten sein möchten, die Bahn als eine Staatsbahn zu Stande zu bringen (Bravo!) und zwar möglichst bald. Deshalb ist — und darin liegt gar keine Inkonsequenz — der Antrag, eine Staatsgarantie zu bewilligen, auf Schwierigkeiten gestoßen. Ich kann sagen, daß meine Ansicht, die mit der des Herrn Referenten vollständig übereinstimmt, die des ganzen Staatsministeriums ist, in welchem diese Frage erst kürzlich zur Berathung gekommen ist. Ich gebe mich auch der Hoffnung hin, daß gemäß dem Antrag des Referenten prozedirt werden kann. In einem Punkte liegt die Sache nicht so übel, wie die „Rigaer Zeitung" sagt: diese Kowno-Libauer Bahn ist nur in die Liste derer aufgenommen und als solche auf der Karte verzeichnet, welche in Rußland gebaut werden sollen. Die Konzession ist aber noch nicht ertheilt worden; auch der Garantiepunkt noch nicht erledigt. So lautet meine amtliche Nachricht. Eine augenblickliche Gefahr ist nicht vorhanden. Außerdem ist mir auch noch durch dieselbe Notiz kund geworden, daß der Handel von Libau, auf dessen Hafen sehr viel Geld gewendet worden ist, dadurch noch nicht viel besser geworden sei. Auch der Handel von Libau ist noch immer im Rückgang begriffen. Ich theile vollkommen die Auffassung der Herren Referenten von der Lage Memel's, so lange ich die Geschäfte des Handelministeriums leite. Gleich im ersten Jahre meiner Verwaltung habe ich dafür gesorgt, daß der Königs-Wilhelms-Kanal gebaut wurde, um die große Gefahr abzuwenden, welche für den Holzhandel Memels darin liegt, daß die aus Rußland kommenden Hölzer, wenn sie durch das Haff nach Memel gehen, um die gefährlichen Winderburger Ecke gebracht werden müssen. Als mir meine Räthe sagten: „wir haben nichts übrig"; habe ich gesagt: „Es soll gehen." (Bravo und Heiterkeit.) Ich habe in jedem Jahre und noch pro 1869 60,000 Thlr. für diesen Kanalbau gegeben. Der Kanal geht im nächsten Jahre seiner Vollendung entgegen. Die Lage Memels ist eine sehr ungünstige; es liegt an der Spitze eines spitzen Dreiecks mit seinem trotz der nördlichen Lage wunderbarer Weise nur selten zufrierenden Hafen; die breite Seite dieses Dreiecks bildet ein großer Strom, der im Sommer des Hochwassers, im Frühling und Herbst des Eisganges wegen nicht zu passiren ist. Ueber dem Strom ist nun noch die Eisenbahn angebracht, die von Eydtkuhnen auch nach Königsberg geht und Alles, was sonst noch nach Memel gekommen wäre, nach Königsberg zieht. Es gereicht diese Bahn zur Blüthe Königsbergs, das freut mich; aber für Memel muß auch gesorgt werden. Das ganze Staatsministerium ist dafür, daß, sobald die Finanzlage es gestattet (Aha links), diese Bahn und zwar als Staatsbahn gebaut wird. Der Zusatz ist durchaus sachgemäß. Kein Finanzminister der Welt kann in die Zukunft schauen; es können immer Umstände eintreten, welche Dinge, die man durchaus haben will, für den Augenblick unmöglich machen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß solche Umstände nicht eintreten werden (Beifall.)

Abg. v. Behr (Greifswald) motivirt den Zusatz „sobald es die Finanzlage des Staates gestattet", durch die Ausführungen v. Benda's in der Budgetdebatte, der unter Hinweis auf den Militäretat dringend davor warnte, ohne zwingende Nothwendigkeit neue Bewilligungen zu machen und namentlich Vorsicht in Bezug auf Ausgaben für Staatsbahnen empfohlen.

Abg. Heise erinnert den Abg. Dr. Löwe an die Vorwürfe die er bei früherer Gelegenheit gegen die Eisenbahnpolitik des Handelsministers gerichtet; der vorliegende Fall zeige recht deutlich, daß die Thatsachen stärker seien als die beste Theorie. Für den vorliegenden Fall sei eine Bewilligung von Staatsmitteln unumgänglich; es handle sich um Herstellung der organischen Verbindung eines Staatsgliedes mit dem übrigen Körper, ohne welche das erstere absterben müsse. In einem solchen Falle dürften finanzielle Bedenken nicht maßgebend sein; die 4 Millionen für den Bau der Brücke müsse der Staat auf jeden Fall hergeben, es handele sich also nur noch um eine Mehrbewilligung von 4—5 Millionen, die der hohen politischen Bedeutung der Frage gegenüber gar nicht in Betracht kämen. Die Konzession für die Bahn Kowno Libau sei zwar, wie der Handelsminister bestimmt versichert, noch nicht ertheilt, er selbst aber wisse zuverlässig, daß in Rußland ein sehr lebhaftes Interesse für die Ausführung dieser Bahn vorhanden sei, und daß man sich deshalb mit dem Bau nach Memel sehr beeilen müsse, um sich nicht durch Rußland überflügeln zu lassen. Redner erörtert sodann die Gründe, welche für die Erbauung der Bahn aus Staatsmitteln sprechen und befürwortet seine Amendements.

Abg. Berger (Witten): Als mir die Noth der östlichen Provinz und ihr Mangel an Kommunikationsmitteln von Vertretern jenes Landestheiles dargelegt wurde, erinnerte ich mich meiner Heimath, die mit Eisenbahnen wie mit Reichthümern über und unter der Erde reich gesegnet ist, und da bei uns der Grundsatz gilt: „richesse oblige", wie bei Ihnen (der Rechten) „noblesse oblige", so wurde ich dadurch zu der Stellung meines Antrages bewogen. Alle Ströme des Staates sind überbrückt, nur die Memel nicht, sie bildet eine Barrikade zwischen Tilsit und Memel, die für 2 Monate im Jahre jeden Verkehr abschneidet; alle Städte über 12,000 Einwohner haben ihre Eisenbahn, nur Memel nicht, das mehr als das Doppelte

(Fortsetzung in der Beilage.)

zählt. Für jeden Hafen werden Kommunikationsmittel hergestellt, der einzige, der derselben trotz seiner hohen Bedeutung entbehrt, ist der von Memel. Diese Schuld der Regierung an der Provinz selbst hat sich durch die steigende Noth der Einwohner bereits gerächt. Mit Recht sprach der Abg. Bender es früher einmal aus: „Der Bau dieser Bahn ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit; ihre Ausführung muß unter den ersten in Preußen stehen." Und dem gegenüber sagt man: „Wir haben kein Geld!" Wir haben doch Geld genug für den Ausbau der Befestigungen von Memel! Noch in den letzten Wochen wurde die Submission des Baumaterials für diesen Zweck öffentlich ausgeboten, von Millionen Ziegeln, Mauersteinen u. s. w., das Geld dafür muß doch also da sein. Und was sollen wir mit einer Festung ohne Eisenbahn? Der Finanzminister hat nämlich nur für seinen Kollegen im Ressort des Krieges Geld, für die übrigen nur ein warmes Herz (Heiterkeit). Möchte der Herr Handelsminister seine Energie, die er sich trotz seines heute erreichten 70. Jahres zu bewahren gewußt hat, einmal gegen den Herrn Finanzminister geltend machen (Große Heiterkeit, in die der Handelsminister einstimmt), damit dieser für ihn ein weniger warmes Herz, aber mehr Geld habe. Mir liegen aus den letzten Tagen telegraphische Depeschen aus Petersburg vor, die mir mittheilen, daß es mit dem Bau der Eisenbahn Kowno-Libau vollkommen Ernst ist. Der Kaiser hat das ihm unterm 9. Januar vorgelegte Projekt genehmigt und wenn die Konzession noch nicht ertheilt ist, so liegt der Grund einzig darin, daß die russische Regierung noch über die Auswahl des Generalunternehmers in Zweifel ist. Da es sich nämlich um den fetten Bissen des Generalunternehmers handelt, so haben sich statt eines ihrer 23 gemeldet. Der Ausbau des Libauer Hafens geht Dank den in Deutschland gemachten Anleihen seiner Vollendung entgegen, und bei dem Eifer mit dem man in Rußland jetzt den Eisenbahnbau betreibt, kann die Bahn Kowno Libau in $1\frac{1}{2}$ Jahren vollendet sein. Selbst ohne die Gefahr der nahen Ausführung jener Bahn hätten wir also die dringendste Veranlassung, so schnell als möglich zum Bau zu schreiten, da wir bei den zu überwindenden Schwierigkeiten 3 Jahre zur Vollendung brauchen. Darum bitte ich Sie, die Amendements abzulehnen und die Annahme des Antrages mit Einstimmigkeit zu votiren. (Beifall.)

Korreferent v. Wedell bittet alle Amendements abzulehnen, damit der Hauptgedanke, daß Memel-Tilsit die Priorität vor allen anderen Staatsbahnen verdient, einmüthig angenommen werden könne.

Der Handelsminister: Der Finanzminister hat bewiesen, daß er für den Handelsminister nicht nur ein warmes Herz, sondern auch eine offene Hand hat, indem er in den zwei letzten Jahren 24 und 40 Millionen für Eisenbahnen überwiesen hat. Wenn im diesjährigen Etat nicht mehr geschehen ist, so liegt das am Reichsrath und Zollparlament, welche dem Staate nicht die Mittel bewilligt haben, daß dergleichen geschehen könne. (Bewegung, namentlich auf den Bänken der Nationalliberalen.)

Abg. Schulze (Berlin) protestirt gegen das Verfahren der Regierung, die Mittel für neue Bedürfnisse immer nur durch höhere Belastung der Steuerzahler zu beschaffen und Ersparnisse immer nur auf Kosten produktiver Anlagen zu machen. Jeder Aufschub, den die Ausführung des Eisenbahnbaues erleide, falle ungünstig in die Bilanz unseres Wohlstandes. Wolle man Ersparnisse machen, so möge es an den unproduktiven Ausgaben geschehen, und werde das in den nächsten Jahren geschehen müssen. (Beifall.)

Ref. Miquel bittet, alle Amendements bei Seite zu lassen. In Folge dessen ziehen Heise und v. Sybel ihren Antrag zurück, der v. Behr's wird fast einstimmig abgelehnt und der des Referenten einstimmig angenommen.

Es folgt die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betr. die Aufbringung der Kosten der örtlichen Armenpflege in der Provinz Schlesien, ausschließlich der Ober-Lausitz.

Der Referent Abg. Solger beantragt, ihm zuzustimmen.

Der einzige Paragraph des Gesetzes lautet: „Die Kosten der örtlichen Armenpflege in der Provinz Schlesien, ausschließlich der Ober-Lausitz, sollen fortan da, wo die im § 1 des Allerhöchsten Edikts vom 14. Dezember 1747 angeordnete Gemeinschaft der Dominien und der Gemeinden in Bezug auf die Lasten der örtlichen Armenpflege zur Zeit besteht, zwischen den Dominien und Gemeinden nach dem Maßstabe der Grund- und Gebäudesteuer repartirt und aufgebracht werden, insofern nicht zwischen ihnen eine andere Art der Vertheilung festgestellt ist, oder künftig festgestellt werden wird. Die entgegenstehenden Vorschriften der Reglements der schlesischen Kriegs- und Domänen-Kammern zu Glogau vom 14. Dezember 1748 und zu Breslau vom 7. Januar 1749 werden hierdurch außer Kraft gesetzt."

Referent erörtert die Bedeutung des Gesetzes. Der alte Maßstab der Vertheilung nach dem Kataster treffe nicht mehr zu; als neuer Maßstab ist die Grund- und Gebäudesteuer vorgeschlagen, obgleich am rationellsten die Vertheilung nach der Seelenzahl wäre. Das Gesetz wird genehmigt.

Es folgt die Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Finnentrop über Olpe nach Rothe Mühle im Bigge-Thal, über welchen Abg. Freiherr von der Reck Bericht erstattet hat. Eine große Reihe von Amendements und Unter-Amendements ist eingegangen. Der Handelsminister Graf Itzenplitz stattet der Majorität seinen Dank ab.

Referent v. d. Reck empfiehlt die Vorlage zur Annahme, v. Benda bekennt seine Abneigung gegen Subventionen für Eisenbahnen auch im vorliegenden Fall und führt aus, daß 100,000 Thlr. per Meile einer Sackbahn à fond perdu verschwendet würden. Auf den Bau der Bahn Meschede-Köln komme es an.

Abg. Berger (Witten) empfiehlt die Vorlage, damit der betreffenden Gegend eine Schuld abgetragen und die Konkurrenz des westphälischen Eisens mit dem englischen ermöglicht werde. Konkurrenzfähig sei aber nur die beste Qualität und dazu bedürfe die Produktion der Erze, die die in Rede stehende Bahn beschaffen wird. Gerade in Eisenbahnsachen dürfen wir nie vergessen, daß wir Vertreter des ganzen Volkes sind, wenn wir der Korruption die Thüren dieses Hauses verschließen wollen. Schon hört man, daß ein General-Entrepreneur von Eisenbahnen in einem Wahlkreise des Norddeutschen Bundes für die Wahl eines seiner Untergebenen wirkt, der, wenn er gewählt wird, im Reichstag nur die Interessen seines Meisters und Brodherrn vertreten würde.

Um $4\frac{1}{4}$ Uhr wird die Debatte vertagt auf Freitag 10 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. Februar.

— **Die neustädtische evangelische Kirche** geht ihrer innern Vollendung entgegen, so daß sie bereits im Laufe der nächsten Woche vollkommen fertig hergestellt sein wird. Am Mittwoch kamen aus der Gußsteinfabrick von Koch in Potsdam die Statuen von Christus, Petrus und Paulus, welche den Altar zieren werden, an. Dieselben werden gegenwärtig aufgestellt. Ob Se. Maj. der König zur Einweihung nach Posen kommen wird, ist noch völlig unbestimmt; dagegen werden mit ziemlicher Bestimmtheit der Herr Kultus- und der Herr Kriegsminister erwartet. — Die Plätze in der Kirche werden am Mittwoch der nächsten Woche vermiethet werden. Mitglieder der Gemeinde haben für ihren Platz 1 Thlr, Nicht-Mitglieder oder Eximirte 2 Thlr. jährlich zu zahlen. Nicht vermiethet werden die Plätze unter den Emporen, ein Theil der Stühle und die Empore linker Hand. Doch wird die Vermiethung derselben erst nach der Einweihung der Kirche, d. h. also von Palmsonntag, den 14. März, ab in Gültigkeit treten. Dem Wesen des Gotteshauses wäre es entsprechender, wenn gar keine Plätze vermiethet würden.

— **Die Breslauer Thorwache** hier ist in dem Lizitationstermine, welcher am Donnerstage auf dem Bureau der k. Garnisonverwaltung stattfand, für den Preis von 4525 Thlr. von dem Destillateur Herrn Becker erstanden worden. Der erste Termin am 16. Oktober 1868, auf welchem dieselbe für 5300 Thlr. an Herrn Rozozinski verkauft worden war, wurde bekanntlich für ungültig erklärt. Das Grundstück sammt Gebäude hat einen Taxwerth von 2791 Thlr., wovon 897 Thlr. auf das Gebäude selbst entfallen. Das Grundstück selbst ist demnach bei dem Kaufpreise von 4575 Thlr. mit 3628 Thlr. bezahlt worden und da dasselbe $11\frac{5}{6}$ Quadratruthen umfaßt, so ist demnach die Quadratruthe mit mehr als 300 Thlr. bezahlt worden.

— **Die neue Feuerlöschordnung** stößt, wie wir hören, in den betreffenden Kommissionen der Stadtverordneten-Versammlung, welchen dieselbe zur Berathung zugegangen ist, auf bedeutenden Widerstand. Man scheint von der Ansicht auszugehen, daß es mit den geringen Mehrausgaben, welche dieselbe nach dem Projekte der Stadt verursachen würde, nicht abgethan sein wird, und daß die Kommune genöthigt sein würde, wenn sie einmal die neue Feuerlöschordnung angenommen hätte, andauernd auf der Bahn nicht unbeträchtlicher jährlicher Mehrausgaben für das Feuerlöschwesen fortzuschreiten; man scheint ferner der Ansicht zu sein, daß bei den außerordentlichen Ausgaben, welche der Kommune in der nächsten Zeit bevorstehen, es nicht gerechtfertigt erscheinen dürfte, bedeutende Summen auszugeben für das Institut einer Feuerwehr, ohne welches selbst die bedeutendsten Brände in den letzten Dezennien stets glücklich gelöscht seien, und welches bei den 10 bis 12 Bränden, von denen unsere Stadt jährlich betroffen werde, um so weniger nothwendig erscheine, da es gegenwärtig mit Hilfe der Wasserleitung um so leichter gelinge, jeden Brand zu löschen. Wie wir hören, will man sich mit dem Rettungsverein wegen Uebernahme des Feuerlöschwesens unserer Stadt, resp. wegen gewisser Reformen in demselben, in Verbindung setzen.

— **Die Bahnhofs-Chaussee** soll, wie es heißt, bedeutend erweitert werden, um künftig, wenn die Posen-Thorn-Bromberger Bahn vom Zentralbahnhofe aus in nächster Nähe westwärts von der Stadt herumgeführt werden wird, den sämmtlichen Verkehr, welcher gegenwärtig der Breslauer Chaussee, der Straße nach Buk und Konarzewo, der Bahnhofs- und Berliner Chaussee zufällt, in sich aufzunehmen. Erst nachdem die Eisenbahn die Bahnhofs-Chaussee überschritten, resp. unter derselben hindurch geführt wäre, sollten dann die Wege nach den oben genannten Straßen sich abzweigen. Man sieht an Pfählen, welche schon im vorigen Jahre abgesteckt wurden, wie breit die Eisenbahn-Chaussee werden soll, man erkennt auch an einer anderen Reihe von Pfählen die Richtung, in welcher die Posen-Thorn-Bromberger Bahn die Chaussee zu durchschneiden hätte. Gegen dieses Projekt, den gesammten sehr bedeutenden Verkehr auf den oben genannten Straßen der erweiterten Bahnhofschaussee zuzuweisen, ein Projekt, welches von der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft zur Vermeidung der vielfachen Uebergänge der Bahn über jene Straßen entworfen worden ist, hat sich, wie wir hören, auf der Eisenbahn-Konferenz, welche am Mittwoch ihr Ende erreichte, eine sehr bedeutende Opposition geltend gemacht, indem hervorgehoben wurde, daß selbst die erweiterte Chaussee auf keinen Fall, auch ganz abgesehen von andern Uebelständen, dem außerordentlich starken Verkehr genügen würde. Wie es heißt, wird denn auch das erwähnte Projekt aufgegeben werden.

— **Im naturwissenschaftlichen Verein** hielt am Mittwoch Herr Direktor Dr. Brennecke einen durch zahlreiche prachtvolle Photographieen, Kupferwerke u. s. w. erläuterten Vortrag über Konstantinopel. Unter den Photographieen erwähnen wir besonders des großen, etwa 10 Fuß langen, Panoramas von Konstantinopel; dasselbe zeigte eine umfassende Ansicht des alten Stambuls, des goldenen Horns und eines Theils des Bosporus von Pera aus. Sämmtliche Photographieen, etwa 80 an der Zahl, waren von dem Kunsthändler Herrn Bette in Berlin (Französische Straße 49), welcher vielleicht den umfangreichsten Photographieen-Verlag in der Welt besitzt, Herrn Direktor Dr. Brennecke für den Vortrag unentgeltlich zur Disposition gestellt worden. In der photographischen Gesellschaft zu Berlin, in welcher diese Photographieen von Dr Vogel, dem Vorsitzenden der Gesellschaft, vorgezeigt wurden, erregten dieselben die allgemeinste Anerkennung und Bewunderung. Uebrigens hat die hiesige Lissner'sche Kunsthandlung den Verkauf des Bette'schen Kunstverlags übernommen. — Der Vortrag wurde außerdem durch verschiedene Gegenstände, darunter Münzen, welche Herr Direktor Dr. Brennecke von seiner Reise nach Konstantinopel mitgebracht hatte, und zwei große Kupferwerke erläutert. Das eine führt den Titel: Reise nach Konstantinopel und dem Orient vom Grafen Ed. Raczyński, und ist in's Deutsche übersetzt worden durch v. Hagen; das andere Werk: Die altchristlichen Bauwerke in Konstantinopel, namentlich die Agia Sophia, von Salzenberg, enthält sehr genaue Zeichnungen und Grundrisse, welche in neuerer Zeit im Auftrage der preußischen Regierung aufgenommen wurden.

— **Die Provinzial-Gewerbeschule.** Der starke Besuch, dessen sich die von der polytechnischen Gesellschaft ins Leben gerufene Gewerbevorschule erfreut, liefert den Beweis für das große Bedürfniß. Wir glauben wohl, daß seitens der Kommune der übliche Antheil zu den Kosten der Einrichtung und Erhaltung einer Gewerbeschule älterer Art mit zwei Klassen bewilligt worden wäre, da im Verhältniß zu den Vortheilen, welche der Stadt aus einem solchen Institute erwachsen, diese Ausgabe nicht bedeutend ins Gewicht fallen würde. Anders stellt sich jedoch die Sache, nachdem seitens des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine zeitgemäße Reorganisation der Gewerbeschulen angeordnet ist. An dem Beispiele einzelner Städte, z. B. Gleiwitz, sehen wir, daß die Einrichtung einer solchen dreiklassigen Gewerbeschule neuerer Art ganz bedeutende Mittel beansprucht, und daß auch die Unterhaltung derselben eine sehr kostspielige ist. Wir glauben demnach schwerlich, daß eine Kommune ohne Mittel, wie die unsere, ihren Stadthaushaltsetat mit einer so bedeutenden Mehrausgabe für das Schulwesen belasten wird, um so weniger, da der Kommune in den nächsten Jahren sehr bedeutende Ausgaben bevorstehen; es würde dies auch eine ungerechtfertigte Anforderung sein, da ja die Provinzial-Gewerbeschule, wie schon der Name andeutet, ein Institut von provinzieller Bedeutung ist, für welches die gesammte Provinz einzutreten hätte. Jedenfalls wird es Sache des nächsten Provinzial-Landtages, welcher im Jahre 1871 zusammentritt, sein, über diese für die Entwickelung des Gewerbefleißes in unserer Provinz so außerordentlich wichtige Angelegenheit Beschluß zu fassen.

— **Verkehr mit Rußland betr.** Nach einer Mittheilung des Verwaltungsraths der großen russischen Eisenbahngesellschaft hat das Zolldepartement des russischen Finanzministeriums die Zollabfertigungs- und Deklarationsgebühren erhöht. Die Güter- und Eilgut-Expeditionen der königl. Ostbahn sind daher der „D. Z." zufolge von der Direktion angewiesen worden, allen Versendern, welche Güter nach Rußland befördern, mitzutheilen, daß die in den direkten Tarifen veröffentlichten Zollabfertigungsgebühren in Wirballen nicht mehr gültig sind und daß diese nach einer neuen russischen Taxe erhoben werden; letztere ist zwar schon bestätigt, aber noch nicht publizirt, und wird daher erst später mitgetheilt werden können.

— **Die Militärdepartementskommissionen** sind der „D. Z." zufolge ermächtigt worden, während der bevorstehenden Ersatzgeschäfte solche im Auslande lebende Militärpflichtige, welche ihre dauernde Unbrauchbarkeit für den Militärdienst glaubhaft nachzuweisen vermögen, ausnahmsweise ohne persönliche Gestellung ausmustern zu dürfen.

— k. **Rawicz,** 25. Febr. Am 18. d. feierte der hiesige Männer-Turnverein sein 7. Stiftungsfest durch ein Schauturnen in der städtischen Turnhalle. Die rege Theilnahme seitens der Bevölkerung läßt schließen, daß die Einsicht für die Nothwendigkeit des Turnens in unserer Stadt eine immer allgemeinere wird. Unter den Geladenen bemerkten wir den Herrn Regimentsobersten mit dem Offizierkorps, sowie königliche und städtische Beamte; auch Damen hatten sich zahlreich eingefunden. Nach einem einleitenden Liede theilte der Vorsitzende des Vereins, Kr.-Depositalkassenrendant u. Stadtverordneter Gondrum zunächst die Geschicke des Vereins im letzten Jahre mit, ging darauf zum Nutzen des Turnens über, und wies darauf hin, daß dasselbe bei uns heimischer werden müsse, als es bis jetzt sei. Am Schluß der Rede wurde Sr. Maj ein Gut Heil gebracht, in das die ganze Versammlung kräftig mit einstimmte. Es folgte ein zweites Lied und darauf unter Leitung des Turnwarts Dienwiebel die Freiübungen, das Riegen- und schließlich das Kür-Turnen, in welchem am Reck und Schwengel von einigen Turnern Vorzügliches geleistet wurde. Mit sichtlicher Theilnahme verfolgte die Versammlung die korrekt ausgeführten Uebungen. Wo so viel innerer Trieb vorhanden, können die Erfolge auch für die Zukunft nicht fehlen. Wir wünschen aufrichtig, daß sich dem Verein eine immer größere, ausgedehntere Wirksamkeit eröffnen möge. — Nach Beendigung des Turnens hielt eine gemüthliche Zusammenkunft in der Kambach'schen Restauration die Turner und Turnfreunde noch eine zeitlang beisammen.

Kreis Samter, 24. Febr. Am 16. d. fand in Wronke vor der Kreisbaukommission hiesigen Kreises der Termin zur Vergebung des Brückenbaues in Oberzycko statt. Zu dem Termin waren eine ziemliche Anzahl von Unternehmern, einzelne sogar aus weiter Ferne, erschienen. Den Zuschlag erhielt Zimmermeister Stolze aus Driesen für ein Gebot von 48,500 Thlr. auf die Anschlagssumme von 55,000 Thlr.. Bei günstiger Witterung wird mit dem Bau schon im kommenden Monat begonnen werden.

Σ **Schwerin a. W.,** 25. Febr. Seit der vor 2 Monaten hierselbst erfolgten Stadtverordnetenwahl ist dem in der 1. Abtheilung fast einstimmig gewählten Salarienkassenrendanten Schmidt bis heute weder die Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde zur Annahme der Wahl ertheilt, noch versagt worden. Man sieht hier mit Spannung der Entscheidung entgegen.

O **Schrimm,** 25. Febr. Heute wurde beim hiesigen Kreisgericht der ehemalige Seminarist Kaiser aus Politzig verurtheilt, dessen Schwindelei Nr. 17 dieser Zeitung mitgetheilt worden. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängniß und 50 Thlr. Geldstrafe beantragt; der Gerichtshof aber erkannte nur auf 2 Monate Gefängniß, 50 Thlr. Geldstrafe event. noch 4 Wochen Gefängniß und Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr; Kaiser bezeichnete die Noth als Triebfeder seiner Handlungsweise. — Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurden der Brauereibesitzer Bogatzki, der Kaufmann Heppner sowie der Vorwerksbesitzer von Swinarski wieder, der Bäckermeister Boldin neu gewählt. — Beim hiesigen Telegraphenbureau wurden im verflossenen Jahre 2387 Depeschen aufgeliefert, und gingen deren 2390 ein. Die Einnahme betrug 579 Thlr. Gegen das Jahr 1867 sind im verflossenen Jahre 588 Depeschen mehr aufgeliefert und 654 mehr eingegangen; die Mehreinnahme betrug 113 Thlr.

Aus der Provinz, 24. Febr. Konsistorialrath Fournier hat in unserer Provinz ein Seitenstück gefunden; aber während der fromme Herr in Berlin nur die Bräute — disziplinirte, bestraft dieser Herr auch die Fehltritte der Männer. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Bräutigam in der Stadt N. meldete vor Kurzem bei dem dortigen evangelischen Pastor die Trauung an. Inzwischen denunzirte bei Letzterem eine Frau den Bräutigam, daß dieser mit ihr, zur Zeit, als sie unverheirathet war — vor ca. 4 Jahren — verbotenen Umgang gepflegt, und ein lebender Beweis dieses Verhältnisses vorhanden sei. Der Bräutigam hierüber zur Rede gestellt, leugnete zwar nicht jenes ehemalige Verhältniß ab, dagegen behauptete er, das Kind rühre nicht von ihm her. Doch das Zeugniß der Denunziantin, von derem Schamgefühl man einen sonderbaren Begriff erhält, galt dem Pastor mehr. Zum nicht geringen Schrecken des Brautpaars und zum Erstaunen der anwesenden Gäste brannten am Hochzeitstage vor dem Altare keine Lichte und die Trauung fand ohne die üblichen brennenden Kerzen statt. — Derselbe Geistliche hat sich vor nicht zu langer Zeit am Grabe eines sehr anständigen Bürgers derselben Stadt durch seine Rede höchst „kirchunhöflich" benommen, und sich dadurch eine Injurienklage zugezogen, deren Ausgang man mit Spannung entgegensieht. Das Grab ist wahrlich nicht die Stätte, an welcher die tiefgebeugte Ehefrau vom Trostspender durch Vorwürfe gekränkt wird, und dies meist aus dem Grunde, weil zwischen dem im Grabe Ruhenden und der hinterbliebenen Wittwe — Katholikin — eine Mischehe geschlossen war.

Prozeß Działyński.

Berlin, 25. Februar. Die heute morgen um 9 Uhr ihren Beginn nehmende fünfte Audienz wurde mit Verlesung von Manifesten und Proklamationen, welche auf die polnische Insurrektion Bezug haben und ihrer Entstehung nach, sich theils aus der Zeit vor Ausbruch des Aufstandes, theils aus der während desselben datiren, ausgefüllt. Die Verlesung erfolgte in polnischer und deutscher Sprache und umfaßte zuweilen sehr lange Aktenstücke, aus denen nur die Hauptmomente, insoweit sie auf den zur Verhandlung stehenden Prozeß Influenz ausübten, vorzutragen, der Rechtsanwalt Janecki beantragt hatte, während der Gerichtshof in Uebereinstimmung mit dem Antrage des öffentlichen Anklägers die Verlesung des gesammten Inhalts anordnete. Die Theilnahme des Publikums war demzufolge eine bei Weitem geringere als diejenige, während der gestrigen Audienz, in welcher auch ein großer Theil der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses erschienen war.

Staats- und Volkswirthschaft.

Thorn. Für den telegraphischen Verkehr mit Polen, schreibt die „Th. Z.", ist folgende Thatsache, die keines Kommentars bedarf, signifikant. Eine Depesche von hier nach Lodz bedurfte volle 24 Stunden, ehe dieselbe an die Adresse gelangte, obschon von hier nach Lodz eine telegraphische Verbindung besteht. Dagegen wurde eine Depesche von hier an die englische Gesandschaft in Madrid nebst Rückantwort in noch nicht vollen neun Stunden expedirt.

** Aus **Wieliczka** berichtet man der „Oesterreichischen Korrespondenz" unter dem 22. d.: „Soeben haben hier Ministerialrath Frhr. v Hingenau (Finanzministerium) und Herr Ministerialrath Dr. Hamm (Ackerbauministerium), welcher letztere von Krakau aus hierher gekommen ist, unter Zuziehung von fünf renommirten und bewährten Ingenieurs den Zustand des Salzbergwerks in allen seinen Theilen einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Die erfreuliche Nachricht hat sich rasch verbreitet, daß die Mitglieder der Enquêtekommission einhellig konstatirt haben: 1) daß durch den Wassereinbruch das Bergwerk und dessen regelmäßiger Betrieb durchaus nicht gefährdet wurde, 2) daß die Salzförderung ununterbrochen und ungestört geblieben sei und bleiben werde, 3) daß die Aufstellung der Wasserhebe- 2c. Maschinen der Vollendung rasch entgegengehe."

Vermischtes.

* **Berlin.** Der Knabe Hancke, welcher bereits aus dem Krankenhause entlassen sein sollte, befindet sich noch in Bethanien. Derselbe hatte allerdings, da sein Zustand zu ernsten Bedenken keine Veranlassung mehr zu geben schien, der elterlichen Fürsorge zurückgegeben werden sollen; inzwischen stellte sich jedoch plötzlich ein heftiges Fieber ein, und es konnte daher von einer Entlassung des Knaben keine Rede sein. Am Sonnabend trat eine solche Besorgniß erregende Verschlimmerung in seinem Befinden ein, daß sowohl den Eltern als dem Untersuchungsrichter auf telegraphischem Wege davon Kenntniß gegeben wurde. Es läßt sich auch jetzt noch nicht mit Bestimmtheit absehen, ob es gelingen wird, das Kind am Leben zu erhalten. Ebenso unbegründet ist das Gerücht, welches neuerdings wieder aufgetaucht, daß v. Zastrow wieder auf freien Fuß gesetzt werden würde, wenn es nicht gelingen sollte, weitere Beweise für seine Schuld beizubringen. Es wird der „Voss. Ztg." im Gegentheil mit der größten Bestimmtheit versichert, daß die Anklage gegen den Beschuldigten erhoben werden wird, da, abgesehen von der moralischen Ueberzeugung von seiner Schuld, Beweismaterial genug vorliegt, um den Geschworenen ein Urtheil zu ermöglichen. Am Sonnabend fand, wie die „Zuk." hinzufügt, wiederum vor dem Untersuchungsrichter ein von Vormittags 9 bis Nachmittags 4 Uhr währendes Verhör von Zeugen statt, welche in ähnlicher Weise mit v. Zastrow in Berührung gekommen sind. Von sämmtlichen Personen wurde er mit Bestimmtheit rekognoszirt, dagegen ging der Beschuldigte in seinem hartnäckigen Leugnen so weit, daß er selbst von einem seiner früheren intimsten Freunde, der ihm vorgestellt wurde, erklärte: „Ich kenne den Herrn nicht; wir haben uns nie gesehen", obwohl er vor Kurzem erst diesen Freund dazu zu überreden gesucht hatte, gemeinschaftlich mit ihm zur katholischen Kirche überzutreten.

* **Glogau,** 22. Febr. Das 4. Pos. Inf.-Regt. Nr. 59 hat in diesen Tagen einen sehr seltenen Rekruten erhalten, er ist verheirathet, Vater mehrerer Kinder und — 39 Jahre alt. Derselbe ist in seinem 15. Lebensjahre nach Australien ausgewandert und hat in den letzten Jahren in England gelebt, wo er das englische Bürgerrecht erworben hat. Vor Kurzem nach Preußen zurückgekehrt, beantragte er in einer Stadt der Provinz Posen die Naturalisation als preußischer Bürger, weil er das Heimathsrecht in Folge seiner Auswanderung für erloschen hielt. Zu seinem nicht geringen Erstaunen erhielt er die Nachricht, daß dasselbe noch gar nicht erloschen sei und er deshalb sofort seiner Militärpflicht zu genügen habe. (Br. M. Z.)

* **Ein Enkel des Feldmarschalls Radetzky,** der auch dessen Namen führt, kam Wiener Blättern zufolge jüngst nach Brody, um den jüdischen Glauben anzunehmen. Der Grund dieses Uebertritts wird einem Familienprozesse zugeschrieben, bei welchem diesem Enkel 10,000 Fl. streitig gemacht wurden, und nun will derselbe seiner Familie Aerger bereiten. Radetzky hat sich wirklich als Enkel des seligen Feldmarschalls legitimirt, und hat am 28. Januar, nach stattgehabten Zeremonien in der jüdischen Synagoge, die gemeinjüdische Tracht, welche nur noch in Galizien von den Orthodoxen getragen wird, angelegt. In dieser Tracht wird er nun seine frommen katholischen Eltern besuchen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde

vom 26. Februar.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Schmal aus Berlin, Rothmann aus Wongrowitz, Levy aus Moschin, Bauunternehmer Werner aus

Bernstadt, die Gutsbesitzer Müller aus Ruszkowo, Marianski aus Rostowko, Ingenieur Stoer aus Berlin.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Pinn aus Grünberg, Pinkus aus Janowitz, Sendrzy aus Breslau, die Wirthschaftsinspektoren Mebus aus Karniszewo, Drzych aus Podstolice, Klein aus Sliwno.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Chrzanowski aus Obiecanowo, die Pröpste Dynkowski aus Slupia, Kozielski aus Lubowo, Cwiklinski aus Gosciеszyn, Eigenthümer Skapski aus Michorzewo, Gutsverw. Owsinski aus Szarkowice, Gutsbesitzer Sęchocki aus Bozacin, Gutspächter Plucinski aus Konojad.

BAZAR. Frau Weißflug aus Slupce, Propst v. Gieburowski aus Kaminiec, Frau Gutsbesitzer Jaraczewska aus Lipno und Frau Jaraczewska aus Gluchowo, die Gutsbesitzer Szuldrzynski aus Sierniki, Jackowski aus Pomarzanowice, Graf Szoldrski aus Brodowo, Trzecieski aus Galizien, Künstler Friemann aus Dresden.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Radonski aus Krzeslic, v. Kurnatowski aus Dusin, v. Zakrzewski aus Zabno, v. Korytowski aus Rogowo, v. Prądzynski aus Lucin, Schumann aus Wladyslawowo, Schumann aus Kujawek, Dr. Powicki aus Schrimm, Lieutenant Wolff aus Posen.

HOTEL DE BERLIN. Domänenpächter Arnous aus Laczisko, die Rittergutsbesitzer Tschuschke aus Babin, Hildebrandt aus Trzcielino, Gutsbesitzer Heickerodt und Frau aus Plawce, Landwirth Schödler aus Mikuszewo.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Graf Zoltowski aus Ujazd, v. Potworowski aus Kostowo, v. Chlapowski aus Rothdorf, v. Jastenski und Frau aus Witakowice, Bardt und Frau aus Pawlowice, Rahn aus Poleu und Sieminski aus Krakau, Fabrikbesitzer Ermisch aus Lippehne, die Kaufleute Mandowski aus Berlin, Stenzel aus Breslau, Londern aus Stuttgart, Lubenau und Schwenterley aus Berlin und Kionka aus Breslau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Krause aus Schrodka, Rolin aus Gowarzewo, v. Moszczenski aus Wiatrowo, die Kaufleute Busse aus Königsberg i. Pr., Goldschmidt aus Hamburg, Philidor aus Nürnberg, Löwe aus Breslau, Otto aus Frankfurt a. M., Nathan aus Mannheim, Nischwitz aus Offenbach, Beutz aus Konstadt, Böttcher aus Dresden und Speier aus Berlin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Sulerzycki aus Neudorf und v. Brodowski aus Pawlowo, Kaufmann Tank aus Leipzig.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Jarzembowski aus Dobieszyn und v. Koszutski aus Magnuszewice, Dekan Kurowski aus Kamieniec, Beamter v. Michalowicz ans Luszkowo und Gutsbesitzer v. Mlicki aus Oslowice.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Hulewicz und Frau aus Koscianki, Frav Mittelstädt aus Kunowo, Burger Lubecki aus Klecko, Kaufleute Gebr. Salinger aus Samter, Frl. Chrzezewicz, Frl. Szabloniewicz nnd Frau Riekiewicz aus Eydtkuhnen.

Bekanntmachung.

In der Ablösungssache von **Grabowo-Hauland**, Kreises Gnesen, werden die **Gottfried** und **Anna Julianna Schmidtkeschen** Eheleute als Eigenthümer des Grundstücks Hypotheken-Nr. 20 für die ihnen von ihrer Gutsherrschaft zugestandenen Weideberechtigung durch ein Kapital von 390 Thaler abgefunden.

Dies wird bezüglich des sub Rubr. III., Nr. 1 qu. Grundstücks für den **Gottlob Tansk** (auch Gottfried genannt) eingetragenen Erbtheils von 108 Thlr. 2 Sgr. 3¾ Pf. in Gemäßheit des § 111 des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 bekannt gemacht und es werden die gegenwärtigen Eigenthümer der hypothekarischen Forderung hiermit aufgefordert, sich mit ihren etwaigen Ansprüchen nach § 461 ff., Titel 20, Theil I. des Allgemeinen Landrechts spätestens bis zu dem auf

den 7. April d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

im Amtslokale der unterzeichneten Behörde vor dem Herrn General-Kommissions-Sekretair **Bernhardt** anberaumten Termine zu melden, widrigenfalls ihr Hypothekenrecht an die abgelöste Realberechtigung und das dafür stipulirte Abfindungs-Kapital erlischt.

Posen, den 22. Februar 1869.

Königliche General-Kommission
für die Provinz Posen.

Bekanntmachung.

Aufkündigung von Kreis-Obligationen des Schrodaer Kreises.

Die am heutigen Tage von der unterzeichneten Kommission ausgelooften Kreis-Obligationen:

Litt. A. à 1000 Thlr. Nr. 15. 74. 84.
Litt. B. à 100 Thlr. Nr. 41. 59. 105. 153.
Litt. C. à 50 Thlr. Nr. 87. 90. 172. 192.
Litt. D. à 25 Thlr. Nr. 22. 81. 121. 231. 267. 375.

sind im kursfähigen Zustande nebst dazu gehörigen Kupons Serie III. Nr. 8. bis 10. incl. den 1. April 1869 auf der Kreis-Kommunal-Kasse hierselbst gegen Baarzahlung des Nennwerths zurückzuliefern.

Nachbenannte Kreis-Obligationen sind noch nicht eingelöst:

A. aus der Verloosung vom 12. Sept. 1865.
Litt. B. Nr. 128.
Litt. C. Nr. 70.
Litt. D. Nr. 244.

B. aus der Verloosung vom 13. Sept. 1866.
Litt. B. Nr. 51.
Litt. C. Nr. 19. 98.
Litt. D. Nr. 196. 239.

C. aus der Verloosung vom 18. Sept. 1867.
Litt. B. Nr. 61.
Litt. C. Nr. 97.
Litt. D. Nr. 29. 31. 88. 188. 237.

Schroda, den 11. September 1868.

Die ständische Kommission für den Chausseebau im Schrodaer Kreise.

gez. **Hagen.** gez. **A. v. Karczewski.** gez. **Szoldrski.**

Die Einlösung der am 1. April d. J. fälligen, sowie der früher zahlbar gewesenen nicht verfallenen Zinskupons von Prioritäts-Obligationen der Stargard-Posener Eisenbahn I., II. und III. Emmission erfolgt mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J., in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr,

in Berlin bei der Kasse der Diskonto-Gesellschaft,
in Stettin bei dem Bankhause G. Abel jun. und
in Breslau vom 1. April ab täglich in denselben Stunden bei unserer Hauptkasse.

Schriftwechsel und Geldsendungen nach Auswärts finden dabei nicht statt.

Breslau, den 23. Februar 1869.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Kobylin, den 10. Februar 1869.

Der hiesige Bürgermeisterposten, mit welchem ein Gehalt von jährlich 450 Thlr. verbunden ist, ist vakant und soll sofort anderweit besetzt werden.

Qualifizirte, beider Landessprachen mächtige Bewerber werden ersucht, sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines cur. vit. bis zum **10. März c.** bei unserm Vorsteher, Herrn Gastwirth **Graumann,** zu melden.

Die Stadtverordnetenversammlung.

Handels-Register.

Die in unser Firmenregister unter Nr. 931 eingetragene Firma **Rieke Grützner** zu Posen ist erloschen.

Posen, den 19. Februar 1869.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.

Schrimm, den 2. Februar 1869.

Der den Erben des Schiffseigenthümers **Martin Müller** aus Zwolno-Hauland gehörige, zur Frachtschifffahrt bestimmte, in Schrimm stehende Kahn IV. Nr. 28. nebst Utensilien, abgeschätzt auf 514 Thlr. 25 Sgr., soll

am 18. März 1869,
Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Taxe und der Meßbrief kann in unserer Registratur eingesehen werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Meßbriefe nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruche bei dem Gerichte melden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Kempen,
I. Abtheilung.

Kempen, den 16. September 1868.

Die auf dem Territorio des Dominii **Rojow,** unter Nr. 64. belegene, dem Müller **Daniel Kühn** gehörige Engelsmühle, abgeschätzt auf 11,763 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 23. April 1869,
Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruche bei dem Gerichte zu melden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgefordert sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

1) **Wilhelm Herrmann Pfau** und
2) **Albert Heinrich Pfau**

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Bekanntmachung.

Das den **Maximilian** und **Pauline Virginie,** geb. **v. Kuczborska, v. Karlowski**'schen Eheleuten gehörige Rittergut **Czerniak** oder **Ożykowo,** landschaftlich abgeschätzt auf 21,528 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe soll

am 22. September d. J.,
Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen haben ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Trzemeszno, den 9. Februar 1869.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Am Waldwärter-Etablissement **Kobusz,** Revier-Abtheilung **Biezdrowo** bei **Zirke** sind Reparaturen auszuführen, welche excl. Insgemein in Sa. zu rot. 300 Thlr. veranschlagt sind. Die Ausführung soll unter Zugrundelegung der „Allgemeinen Bedingungen bei Ueberlassung königlicher Forst-Bauten" im Termine

am 8. März d. J.,
Mittags 12 Uhr,

im Gasthofe **Gielda** zu **Samter** öffentlich an den Mindestfordernden licit. vergeben werden. Die Kosten-Anschläge liegen bei dem königl. Oberförster Herrn **Priem** in **Zirke** und bei mir zur Einsicht offen.

Samter, den 24. Februar 1869.

Der Kreisbaumeister.
Schoenenberg.

Sprzedaż konieczna.

Król. Sąd powiatowy, Wydział I.

Srem, dnia 2. Lutego 1869.

Szkuta w Sremie stojąca, do żeglugi fraktowéj przeznaczona, liczbą IV. 28. oznaczona, do sukcessorów szkuciarza ***Marcina Müller*** z Zwolskich Olędrach należąca, z przynależytościami doń, na 514 tal. 25 sgr. oszacowana, ma być

dnia 18. Marca 1869.,
przed południ. o godzinie 11.

w miejscu zwykłem posiedzeń sądowych sprzedana.

Taksa i dokument, Messbrief zwany, mogą być przejrzane w registraturze naszéj.

Wierzyciele ci, którzy zaspokojenia swojego względem pretensyi realnych, z dokumentu — Messbrief zwanego — nie wykazujących się, ze summy szacunkowéj żądają, winni się z takowemi do sądu zgłosić.

Bekanntmachung.

Auf dem königl. Förster-Etablissement **Hegewald** bei **Miała** soll ein massiver Anbau zum Wohnhause ausgeführt werden. Der Kosten-Anschlag beträgt excl. Insgemein rot. 1988 Thaler und für die damit in Verbindung stehenden Instandsetzungen des alten Wohnhauses rot. 78 Thaler.

Die Kosten-Anschläge werden bei dem königl. Oberförster Herrn **Priem** in **Zirke** und bei mir zur Einsicht vorgelegt.

Die Ausführung soll unter Zugrundelegung der „Allgemeinen Bedingungen bei Ueberlassung königl. Forstbauten" auf Submission vergeben werden, zu deren Eröffnung auf

den 8. März d. J.,
Mittags 12 Uhr,

im Gasthofe **Gielda** zu **Samter** Termin angesetzt ist.

Samter, den 24. Februar 1869.

Der Kreisbaumeister.
Schoenenberg.

Ein Fabriketablissement

mit schönen Wohnräumlichkeiten für den Besitzer, wie für 5 Arbeiterfamilien, soll verkauft oder verpachtet werden. Anzahlung sehr gering, Hypotheken fest. Das zur Spinnerei neu aufgebaute Fabrikgebäude enthält große, zu jeder Fabrikanlage passende Lokalitäten, vorzüglich geeignet zur Anlage einer Maschinenfabrik, da im Orte selbst viel Maschinenbetrieb ist und die bemittelte Umgegend die Anlage einer solchen sehnlichst wünscht. — Größe des Ortes: 6000 Einwohner, Chaussee, vom nächsten Jahre ab jedenfalls Eisenbahnstation. Adressen sub ***G. 4123.*** befördert die Annoncen-Expedition von ***Rudolf Mosse*** in Berlin.

Das Gartengrundstück 15a.

in der **Königsstraße,** von 114 Fuß Front, mit 545 Fuß Front an der Wallstraße, in gesundester Gegend belegen, ist unter soliden Bedingungen zu verkaufen. Auskunft ertheilt der Besitzer

Posen. **Heinrich Mayer,**
Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Eine **Wirthschaft,** 140 Mrg., mit massiven Gebäuden, ist zu verkaufen in **Szewce** bei Buk. ***Zientak.***

Pensions-Anzeige.

Zu Ostern können in mein Pensionat noch einige junge Mädchen aufgenommen werden. Eintritt am 5. April. Nähere Auskunft durch das Programm, sowie durch Hrn. Superintendent **Hennicke,** Hrn. Bürgermeister **Schneider** und Hrn. Pastor **Walther** zu Sagan.

Helene From,
Vorsteherin der höheren Töchterschule zu
Sagan.

Ein Knabe im Alter von 8—12 Jahren wird in Pension gewünscht. Näheres bei Frau Kaufmann ***Brecht,*** Wronkerstr. 13.

Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß die bisher durch Herrn ***J. v. Zablocki*** in **Gnesen** verwaltete **Agentur** dem Kaufmann

Herrn J. Kuczkowski

daselbst übertragen worden ist.

Posen, den 25. Februar 1869.

Die General-Agentur.
C. Meyer.

Auf obige Anzeige Bezug nehmend, halte ich mich zur Aufnahme von landwirthschaftlichen und städtischen Versicherungen bestens empfohlen und stehe sowohl mit Prospekten und Anträgen, als auch mit jeder wünschenswerthen Auskunft zu Diensten.

J. Kuczkowski in Gnesen.

Germania.

Hagelversicherungs-Gesellschaft für Feldfrüchte auf Gegenseitigkeit zu Berlin.

Agenten in Städten und auf dem Lande werden gesucht. Bewerbungen um Agenturen sind an die **Direktion in Berlin,** Fruchtstraße Nr. 5, zu richten.

Frostschaden-Versicherungs-Gesellschaft zu Landsberg a. W.

Diese durch Ministerial-Erlaß vom 6. Mai 1868 konzessionirte Gesellschaft vergütet den **vollen** Schaden, welcher an den versicherten **Bodenerzeugnissen,** als: **Halm- und Hülsenfrüchten, Oel-, Handels-, Wurzel- und Knollen-Gewächsen, Flachs und Hanf, Wein, Tabak und Hopfen** in der Zeit vom **1. März** bis **15. Oktober** durch Frost entsteht.

Einzelne Gattungen dieser Boden-Erzeugnisse werden ebenfalls zur Versicherung angenommen.

Versicherungen werden vermittelt durch
den Restaurateur ***Stanislaus Bujowsky*** zu **Buk,**
den Thierarzt ***Robert Wilke*** zu **Neustadt bei Pinne,**
die Herren ***Feckert & Häberlein*** zu **Posen.**

An Orten, wo die Gesellschaft noch nicht vertreten ist, werden thätige solide Agenten unter sehr günstigen Bedingungen angestellt und beliebe man sich dieserhalb unter Angabe der persönlichen Verhältnisse an die Direktion zu wenden.

Avis.

Zur Zeit mit **Brunnen-Arbeiten** für die königl. Garnison-Verwaltung hier beschäftigt, nehme ich auch bis morgen **Aufträge für Private** entgegen bei Herrn ***H. Seiffert,*** Mühlenstraße Nr. 9a.

Strutz,
Brunnenbaumeister.

Obstbäume

in allen Gattungen, sowohl **hochstämmige,** als **pyramidenförmige,** am **Spalier** und an der **Schnur zu ziehende,** empfiehlt nach Auswahl zu mäßigen Preisen. Ebenso stämmige **remontirende Rosen.**

Denizot
zu **Gurczyn** bei Posen.

Blumen- und Gemüse-Samen

in frischer und guter Qualität, empfehle zu billigen und festen Preisen und versende Preis-Verzeichnisse über alle Garten-Erzeugnisse meiner Gärtnerei auf gefälliges Abverlangen franko und gratis.

Albert Krause, Kunst- und Handelsgärtner,
Posen, Schützenstraße Nr. 13/14, unweit der Cegielski'schen Fabrik.

Obstbäume.

Starke hochstämmige Obstbäume in den besten bewährtesten Sorten, gemeine sauere Kirschen und Pflaumen für Alleen, schön gezogene tragbare Pyramiden und Spalier-Obstbäume, Cordon- oder Guirlanden-Bäume zur Einfassung von Rabatten, Weinreben in den besten frühesten Sorten, englische Stachelbeeren, Himbeeren, Johannisbeeren und Erdbeeren, Haselnüsse, starke Wallnußbäume.

Genannte Artikel sind in großen Massen vorräthig und empfehle solche zu billigsten Preisen.

Ausführliche Verzeichnisse franko und gratis.

H. Lorberg, Baumschulbesitzer,
Berlin, Schönhauser-Allee 152.

Den Herren Landwirthen

offeriren einen Posten diverser Sorten **Luzerne, Raigräser, Klee** ꝛc. zu billigen Preisen

Feckert & Haeberlein,
Komptoir: Wilhelmsstraße 18, 1. Etage.

Gute oberschlesische Stückkohle

offerirt à Tonne . . . . . 13½ Sgr.,
desgl. Würfelkohle, à Tonne . 11 Sgr.
desgl. Kleinkohle, . . . 5½ Sgr.

F. Czwiklitzer, in **Mokrau**
bei Nicolai O./S.

Auf dem Dominium **Kobylepole** sind mehrere Hundert hochstämmige Birnen und Kirschen von bester Sorte zu verkaufen.

Die **diesjährige zehnte**

Auktion junger Zuchtthiere

wird abgehalten:

Mittwoch den 19. Mai 1869,
11 Uhr Morgens.

Es kommen zum Verkauf ungefähr:

100 Southdown-Vollbut- und 40 Mauchamp-Kammwoll-Böcke.
30 Southdown-Vollblut-Schafe.
40 Shorthorn-Bullen und Kühe.
40 Eber und Sauen der größten und mehrerer kleinen und mittelgroßen englischen Schweine-Racen.

Mehrere Suffolk-Hengste u. Stuten.

Vor der Auktion wird keines dieser Thiere verkauft, sie werden sämmtlich zu Minimalpreisen eingesetzt und für jedes Gebot, ohne Rückkauf, zugeschlagen.

Vom 9. Mai an werden auf Verlangen spezielle Verzeichnisse versandt.

Hundisburg bei Magdeburg,
im Februar 1869.

Herm. v. Nathusius.

---

6 Stück recht fette Ochsen habe ich zum Verkauf.

Lopienno. **Wirth.**

Auf der Stammschäferei der Dom. **Kranz** b. Bomst stehen noch die für dieses Jahr designirten zweijährigen

Sprungböcke,

ca. 60 Stück, zum Verkauf.

Dieselben sollen im Wege der **Auktion** am **3. März, Vorm. 10 Uhr,** auf dem dortigen Schäferei-Gehöft meistbietend verkauft werden.

Die Heerde ist gesund, die Thiere sind durch **starke Figuren, hohes Schurgewicht** und **edlen Wollcharakter** ausgezeichnet.

Reflektanten werden zu dem genannten Termine eingeladen.

Kranz, den 15. Februar 1869.

C. Bandelow.

Bock-Auktion

zu **Rosainen** bei **Marienwerder, Bahnhof Czerwinsk (West-Preußen)**

Freitag den 19. März

22 Vollblut-Thiere des Rambouillet-Stammes, 25 Original-Kammwoll-Böcke, 100 wollreiche Kammwoll-Mutterschafe Abstamm (Siehe Deutsches Heerdbuch Band II. Seite 147.)

Verzeichnisse werden auf Wunsch verschickt.

Richter.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 28. Febr., Vorm. 10 Uhr: Herr Oberprediger Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn.
Montag den 1. März, Abends 6 Uhr, Missions-Gottesdienst: Herr Oberprediger Klette.
Freitag den 5. März, Abends 6 Uhr, vierter Passions-Gottesdienst: Herr Oberprediger Klette.

Petrikirche. Petrigemeinde. Sonntag den 28. Febr., Vorm. 10 1/2 Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Goebel.
Mittwoch den 3. März, Abends 6 Uhr, Passions-Predigt: Herr Konsistorialrath Dr. Goebel.

Neustädtische Gemeinde. Sonntag den 28. März, Vorm. 8 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Prediger Herwig. – 9 Uhr, Predigt: Herr Konsistorialrath Schultze.
Donnerstag den 4. März, Abends 8 Uhr, Bibelstunde: Hr Konsistorialrath Schultze, in dem Hause Friedrichsstr. 33b.
Freitag den 5. März, Abends 6 Uhr, Passions-Gottesdienst: Herr Konsistorial-Rath Schultze.

Garnisonkirche. Sonntag den 28. Februar, Vorm. 10 Uhr: Herr Militair-Oberprediger Haendler. Abendmahl. — Nachm. 5 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinwender.
Dienstag den 2. März, Abends 5 Uhr, Passions-Gottesdienst: Herr Militair-Oberprediger Haendler.

Ev. luth. Gemeinde. Montag den 1. März, Abends 7 1/2 Uhr: Missionsstunde, Herr Pastor Kleinwächter.
Mittwoch den 3. März, Abends 7 Uhr: Passions-Andacht: Herr Pastor Kleinwächter.
Freitag den 3. März, Abends 7 1/2 Uhr: Liturgische Vesper.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 18. bis 25. Februar:
getauft: 8 männliche, 11 weibliche Pers.,
gestorben: 6 männliche, 6 weibl. Pers.,
getraut: 4 Paar.

Familien-Nachrichten.

Gestern Nachmittag 5 Uhr wurden wir durch die Geburt eines munteren Töchterchens erfreut.
A. Rau und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. Liddi Munckelt in Gera mit dem Maurermeister F Katholi in Berlin, Frl. Anna Held in Pitzerwitz mit Hrn. Wilhelm Strolen in Lülsdorf, Frl. Martha Schröder in Rützow mit dem Rittergutsbes. Heinrich Kratz in Meseritz b. Schivelbein.

Verbindungen. Kaufm. Adolph Polemann mit Frl. Marie Ziech in Berlin, Rittergutsbesitzer Fritz Kalisch in Ferdinandshof mit Frl. Clara v. Kobbe in Freienwalde a. O., Hauptmann Michaelis mit Fräul. Katharina Ludwig in Glogau.

Geburten. Ein Sohn: dem Hotelbesitzer Aug. Jubelt in Neu-Ruppin, dem Freiherrn Gustav v. Eberstein in Ruhla. Eine Tochter: dem Post-Sekretär C. Meyer in Berlin, dem Polizei-Lieutenant und Hauptmann a. D. v. Rüts in Berlin, dem Kreisrichter Weizmann in Woldenberg, dem Hauptmann Weißhun in Stargard i. Pomm., dem Stadt- und Kreisrichter Dr. August Cohnstein in Magdeburg.

Todesfälle. Oberstlieutenant a. D. Rittergutsbes. Wilhelm v. Salviati in Züllichau, Frl. Henriette v. Lützow in Köslin, Hauptm. Oesterreich in Friedrichsort bei Kiel.

Stadttheater in Posen.

Freitag den 26. Februar, bei aufgehobenem Abonnement, letztes Gastspiel des Fräul. **Felicita von Vestvali,** vom königl. Lyceum in London und des Fräul **Elise Lund,** vom kaiserl. Theater in St. Petersburg: **Graf Essex.** Trauerspiel in 5 Akten von H. Laube. Elisabeth, Königin von England — Fräulein F. v. Vestvali. Gräfin Rutland — Fräulein E. Lund.

Sonnabend den 27. Februar: **Konzert** des Violin-Virtuosen Herrn **Friemann.** Programm: 1) Violin-Konzert mit Orchester-Begleitung (Allegro apassionato; Andante, Finale) von Mendelsohn-Bartholdy. 2) Scene und Romanze aus der Oper „Halka" von Moniuszko, arrangirt für Violine und Orchester von Vieuxtemps. 3) Scene du Ballet von Berriot. 4) Berceuse (con sordino) von Teleffsen — Dazu auf vieles Verlangen: **Die relegirten Studenten,** Lustspiel in 4 Akten von Benedix.

Sonntag den 28. Februar: **Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.** Romantische Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 26. Februar 1869. **(Wolff's telegr. Bureau.)**

		Not. v. 25.	v. 24.
Roggen, behauptet.			
Februar	$51\frac{3}{4}$	$51\frac{1}{2}$	52
April-Mai	$49\frac{5}{8}$	$49\frac{5}{8}$	$50\frac{1}{8}$
Mai-Juni	$49\frac{7}{8}$	$49\frac{7}{8}$	$50\frac{3}{8}$
Kanalliste: nicht gemeldet.			
Rüböl, fest.			
laufend. Monat	$9\frac{2}{3}$	$9\frac{1}{2}$	$9\frac{2}{3}$
April-Mai	$9\frac{3}{4}$	$9\frac{3}{4}$	$9\frac{10}{24}$
Spiritus, matt.			
laufend. Monat	$14\frac{5}{8}$	$14\frac{7}{8}$	$14\frac{11}{12}$
April-Mai	$15\frac{1}{24}$	$15\frac{1}{12}$	$15\frac{1}{6}$
Juni-Juli	$15\frac{7}{12}$	$15\frac{5}{8}$	$15\frac{2}{3}$
Kanalliste: nicht gemeldet.			

Fondsbörse: fest, Amerikahausse.

		Not. v. 25.	v. 24.
Märk.-Pos. Stm.-Aktien	$64\frac{1}{2}$	$64\frac{5}{8}$	$64\frac{7}{8}$
Franzosen	$177\frac{1}{4}$	$176\frac{3}{4}$	177
Lombarden	$129\frac{1}{4}$	$129\frac{3}{8}$	$129\frac{7}{8}$
Neue Pos. Pfandbr.	$84\frac{1}{4}$	$84\frac{1}{4}$	$84\frac{1}{4}$
Russ. Banknoten	$82\frac{1}{2}$	$82\frac{1}{2}$	$82\frac{5}{8}$
Poln. Liquidat.-Pfandbriefe	$57\frac{3}{4}$	$57\frac{5}{8}$	$57\frac{5}{8}$
1860 Loose	$81\frac{3}{8}$	$80\frac{3}{4}$	$81\frac{1}{4}$
Italiener	$57\frac{7}{8}$	$57\frac{1}{2}$	58
Amerikaner	$86\frac{3}{4}$	$84\frac{3}{8}$	84
Türken	$41\frac{1}{2}$	$41\frac{5}{8}$	42

Stettin, den 26. Februar 1869. **(Marcuse & Maas.)**

		Not. v. 25.
Weizen, unverändert.		
Februar	68	68
Frühjahr	$68\frac{1}{2}$	$68\frac{1}{4}$
Mai-Juni	$68\frac{3}{4}$	$68\frac{3}{4}$
Roggen, behauptet.		
Februar	$50\frac{1}{2}$	51
Frühjahr	$49\frac{3}{4}$	$49\frac{3}{4}$
Mai-Juni	50	50

		Not. v. 25.
Rüböl, ruhiger.		
Februar	$9\frac{3}{4}$	$9\frac{3}{4}$
April-Mai	$9\frac{2}{3}$	$9\frac{3}{4}$
Spiritus, still.		
Februar	$14\frac{7}{12}$	$14\frac{2}{3}$
Frühjahr	$14\frac{5}{6}$	$14\frac{5}{8}$
Mai-Juni	15	15

Börse zu Posen
am 26. Februar 1869.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe $84\frac{1}{3}$ Br., do. Rentenbriefe $86\frac{1}{8}$ Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligat. —, 5% Obra-Meliorations-Obligationen —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten $82\frac{1}{2}$ Gd., Posener Realkreditbank-Aktien inkl. Div. —.

[**Amtlicher Bericht.**] **Roggen** [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] gekündigt 50 Wispel. pr. Februar $46\frac{1}{8}$, Febr.-März $46\frac{1}{8}$, März-April $46\frac{1}{4}$, Frühjahr $46\frac{1}{8}$, April-Mai $46\frac{1}{8}$, Mai-Juni $46\frac{1}{2}$.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gekündigt 9000 Quart. pr. Februar $13\frac{7}{8}$, März $13\frac{23}{24}$, April $14\frac{1}{6}$, Mai $14\frac{3}{8}$, Juni $14\frac{2}{3}$, Juli $14\frac{11}{12}$, April-Mai $14\frac{1}{4}$.

Am heutigen Stichtage für Lieferungen per Februar ist der Regulirungspreis für **Roggen** auf $46\frac{1}{8}$ Thlr, für **Spiritus** auf $13\frac{7}{8}$ Thlr. festgestellt.

[**Privatbericht.**] **Wetter:** Regen. **Roggen:** flau. Gekünd. 50 Wispel. Regulirungspreis $46\frac{1}{8}$ Thlr. pr. Febr. $46\frac{1}{4}$ bz, Br u. Gd., Februar-März do., März-April do., Frühjahr $46\frac{3}{8}$—$\frac{1}{3}$—$\frac{1}{4}$ bz. u. Gd., April-Mai $46\frac{1}{4}$ bz. u. Br., Mai-Juni $46\frac{1}{2}$ Br., $46\frac{1}{4}$ Gd., Juni-Juli 47 bz. u. Br.

Spiritus: matt. Gekündigt 9000 Quart. Regulirungspreis $13\frac{7}{8}$ Thlr. pr. Februar $13\frac{7}{8}$ bz. u. Br., März 14—$13\frac{11}{12}$ bz. u. Gd., April $14\frac{1}{6}$ Br., $14\frac{1}{12}$ Gd, April-Mai $14\frac{1}{4}$ Br., Mai $14\frac{3}{8}$ $\frac{1}{3}$ bz. u. Gd., Juni $14\frac{2}{3}$ Br., Juli $14\frac{11}{12}$ Br. u. Gd., August $15\frac{1}{4}$ Br. Loko ohne Faß $13\frac{2}{3}$ bz.

Posener Marktbericht vom 26. Februar 1869.

	von Thl.	von Sgr	von Pf	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	2	15	—	2	17	6
Mittel-Weizen	2	12	—	2	13	—
Ordinärer Weizen	2	5	—	2	7	6
Roggen, schwere Sorte	1	26	3	1	28	9
Roggen, leichtere Sorte	1	24	6	1	25	—
Große Gerste	1	26	3	1	28	9
Kleine Gerste	1	24	—	1	26	3
Hafer	1	6	—	1	7	6
Kocherbsen	2	5	—	2	7	6
Futtererbsen	2	—	—	2	1	3
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	20	—	1	22	6
Kartoffeln	—	10	—	—	11	—
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	2	2	6	2	12	6
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	10	—	—	12	—	—
Weißer Klee, dito dito	13	—	—	16	—	—
Heu, dito dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito dito	—	—	—	—	—	—
Rüböl, rohes dito dito	9	12	6	9	15	—

Die Markt-Kommission.

Produkten-Börse.

Berlin, 25. Febr. 1869. Die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus, per 8000 % nach Tralles, frei hier ins Haus geliefert, waren auf hiesigem Platze am

19. Februar 1869	$14\frac{5}{8}$ Rt.	ohne Faß.
20. " "	$14\frac{5}{8}$ Rt.	
22. " "	$14\frac{7}{8}$ Rt.	
23. " "	$14\frac{7}{8}$ Rt.	
24. " "	$14\frac{7}{8}$ Rt.	
25. " "	$14\frac{11}{12}$ Rt.	

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Berlin, 25. Febr. Wind: SW. Barometer: 28[3]. Thermometer: 10° +. Witterung: schön.

Für **Roggen** war das Angebot für alle Sichten, besonders aber für die entfernteren, heute reichlich vertreten und es kam zu merklicherem Rückschritt. Im Effektivgeschäft herrscht völlige Stille, Bedarfsfrage ist äußerst beschränkt, daher sind die kleinen Bahnzufuhren schon zu viel und drücken die Preise. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis $51\frac{3}{4}$ Rt.

Roggenmehl vernachlässigt.
Weizen still und matt.
Hafer loko mehr angeboten und niedriger, Termine matt.
Rüböl wenig beachtet, doch nicht niedriger.
Spiritus wurde auf Termine etwas stärker offerirt und ging im Preise um eine Kleinigkeit zurück, der Umsatz war jedoch nur mäßig belebt.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 62—73 Rt. nach Qualität, weißbunt poln. 70 Rt., pr. 2000 Pfd. pr. April-Mai $62\frac{3}{4}$ Rt. bz., Mai-Juni $63\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{4}$ bz., Juni-Juli 64 a $63\frac{3}{4}$ bz.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 52 a $52\frac{1}{4}$ Rt. bz., per diesen Monat $51\frac{1}{2}$ Rt. bz, Februar-März $50\frac{1}{8}$ a $49\frac{3}{4}$ bz., März-April —, April-Mai $49\frac{3}{4}$ a $\frac{1}{2}$ bz., Mai-Juni 50 a $49\frac{5}{8}$ bz., Juni-Juli $50\frac{1}{4}$ a 50 bz., Juli-August $49\frac{7}{8}$ a $\frac{3}{4}$ bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 42—54 Rt. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. $30\frac{1}{2}$—$34\frac{1}{2}$ Rt. nach Qualität, $31\frac{1}{2}$ a $33\frac{3}{4}$ Rt. bz., per diesen Monat —, Februar-März $31\frac{1}{2}$ bz., März-April —, April-Mai 31 a $30\frac{7}{8}$ Rt. bz., Mai-Juni $31\frac{1}{4}$ bz., Juni-Juli 32 Br., Juli-August 31 Br.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 60—68 Rt. nach Qualität, Futterwaare 53—57 Rt. nach Qual.

Raps pr. 1800 Pfd. 79—83 Rt.

Rübsen, Winter- 78—82 Rt.

Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß $9\frac{3}{4}$ Rt., per diesen Monat $9\frac{7}{12}$ Rt., Februar-März do., März-April $9\frac{5}{8}$ a $\frac{7}{12}$ Rt. bz., April-Mai $9\frac{3}{4}$ a $\frac{17}{24}$ bz., Mai-Juni $9\frac{7}{8}$ a $\frac{5}{6}$ bz., Juni-Juli —, Sept.-Oktbr. $10\frac{1}{3}$ a $\frac{7}{24}$ Rt.

Leinöl loko 10¾ Rt. Br.

Spiritus pr. 8000 % loko ohne Faß 14 11/12 Rt. bz., leihw. Geb. 15 1/12 bz., loko mit Faß —, per diesen Monat 14 11/12 a ⅞ Rt. bz. u. Br., 14⅝ Gd., Febr.-März do., März-April 14 23/24 a 11/12 bz. u. Br., ⅞ G., April-Mai 15 1/12 a 1/24 bz., 1/12 Br., 15 Gd., Mai-Juni 15¼ a ⅙ bz., Br. u. Gd., Juni-Juli 15 7/12 bz. u. Br., ½ Gd., Juli-August 16 a 15⅞ bz., 11/12 Br., ⅚ Gd., August-Sept. 16 5/24 a ⅙ bz.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 4⅙—4 Rt., Nr. 0. u. 1. 3 11/12—3¾ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 3⅔—3 5/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 3⅓—3⅙ Rt. pr. Ctr. unversteuert exkl. Sack.

Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unversteuert inkl. Sack: per diesen Monat 3 Rt. 14½ Sgr. Gd., Februar-März 3 Rt. 14 Sgr. Br., März-April —, April-Mai 3 Rt. 13 Sgr. Br., Mai-Juni 3 Rt. 13½ Sgr. Br.

Petroleum, raffinirtes (Standard white) pr. Ctr. mit Faß: loko 8 1/12 Rt. Br., per diesen Monat 7½ Rt., Februar-März 7½ Br., März-April —, April-Mai 7½ bz. (B. H. Z.)

Stettin, 25. Februar. Wetter: leicht bewölkt. Temperatur: + 5° R. Barometer: 28. 4. Wind: S.

Weizen matt, p. 2125 Pfd. loko gelb. inländ. 67—69 Rt., feinster 70 Rt., bunter poln. 65—68 Rt., weißer 68—72 Rt., geringer ungar. 56¾ Rt., besserer 58—64 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr 68½—68¼ Rt. bz., 68¼ Br. u. Gd., Mai-Juni 68¾ bz u. Gd., Juni-Juli 69½ Gd.

Roggen flau, p. 2000 Pfd. loko 49½—50¼ Rt., pr. Februar 50 bz., Frühjahr 50—49½ bz., ¾ Br. u. Gd., Mai-Juni 50½—50 bz., ¼ Br. u. Gd., Juni-Juli 51¼—51 bz. u. Gd., Juli-August 50¾—½ bz. u. Br.

Gerste p. 1750 Pfd. loko ungar. 40—46 Rt., pomm. 47½ bz.

Hafer flau, p. 1300 Pfd. loko 33½—34½ Rt., 1 Ladung vorp. 34¾ Rt. bz., 47/50pfd. Frühjahr 33¾ Br., ½ Gd., Mai-Juni 34 Br.

Erbsen loko p. 2250 Pfd. Futter- 55—56 Rt., Koch- 56½—57½ Rt., pr. Frühjahr Futter- 55¾ Br.

Mais p. 100 Pfd. ab Bahn 2 Rt. 2½—2 Sgr. bz.

Lupinen, gelbe neue 48—49 Gd.

Wicken 53—56 Rt.

Winterrübsen pr. Septbr.-Oktbr. 79, 78¾ bz., 79 Br.

Rüböl behauptet, loko 9⅝ Rt. Br., pr. Februar 9¾ Br., April-Mai 9¾ bz. u. Br., Mai 9¾ bz., Septbr.-Okt. 10⅙ Br., 1/12 bz. u. Gd.

Spiritus matt, loko ohne Faß 14¾, ⅔ Rt. bz., mit Faß 14 7/12 bz., pr. Febr. 14⅔ Br., Frühjahr 14⅞, ⅚ bz., Mai-Juni 15 1/12 bz. u. Br., Juni-Juli 15⅓ bz. u. Br., Juli-August 15 7/12 Br., AugustSept. 15⅚ Br.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 68½ Rt., Roggen 50 Rt., Rüböl 9¾ Rt., Spiritus 14⅔ Rt.

Leinöl, loko inkl. F. russ. 10¾ Rt. bz., engl. 10⅔ Br.

Petroleum loko 8⅛, 8 Rt. bz., pr. Sept.-Oktbr. 8¼ Br.

Blauholz, Domingo 2⅛ Rt. bz.

Pfeffer, Singapore 15¾ Rt. tr. bz.

Sardellen, 1866er 19 Rt. bz.

Hering, schott. crown und fullbrand 15⅓ Rt. tr. bz. (Ofts.-Ztg.)

Breslau, 25. Febr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe matt, ordin. 8½—9½, mittel 10½—11½, fein 12—13, hochfein 13¾—14½. — Kleesaat, weiße behpt., ord. 10—13, mittel 14—15, fein 17—18, hochfein 19—20½.

Roggen (p. 2000 Pfd.) niedriger, pr. Febr., Febr.-März u. März-April 47½ Br., April-Mai 48 bz., Mai-Juni 48½—⅜ bz.

Weizen pr. Februar 62 Br.

Gerste pr. Februar 50 Br.

Hafer pr. Februar 49¼ Br., April-Mai 49¾ bz.

Raps pr. Februar 95½ Br.

Lupinen mehr beachtet, p. 90 Pfd. 52—55 Sgr.

Rüböl matter, loko 9⅓ Br., pr. Februar, Febr.-März und März-April 9¼ bz., April-Mai 9⅓ bz., Mai-Juni 9½ Br., Sept.-Okt. 10 bz., Herbst vor der Börse 10 1/24 bz.

Rapskuchen sehr fest, 64—66 Sgr. pr. Ctr.

Leinkuchen 93—96 Sgr. pr. Ctr.

Spiritus unverändert, loko 14 1/12 Br., **13⅞ Gd.,** pr. Februar und Febr.-März 14⅛ bz. u. Gd., ¼ Br., März-April 14¼ Gd., April-Mai 14 5/12 G., ½ Br., Mai-Juni 14¾ Br.

Zink loko in Posten 6 Rt. 24 Sgr., W. und P. H. zu gleichen Theilen 6 Rt. 27 Sgr. bz. **Die Börsen-Kommission.**

Preise der Cerealien.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 25. Februar 1869.

	feine	mittle	ord. Waare	
Weizen, weißer	79—82	77	70—74 Sgr.	pr. Scheffel
do. gelber	76—78	73	69—72	"
Roggen, schlesischer	61—62	60	59	"
do. fremder	—	—	—	"
Gerste	57—58	56	54—55	"
Hafer	37—39	36	34—35	"
Erbsen	67—71	63	57—60	"
Raps	204	192	180	"
Rübsen, Winterfrucht	188	182	172	"
Rübsen, Sommerfrucht	176	172	164	"
Dotter	168	162	154	"

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 25. Februar. Wind: SO. Witterung: klar. Morgens 1° Kälte. Mittags 6° Wärme.

Weizen, bunt. 128—130pfd. holl. (83 Pfd. 24 Lth. bis 85 Pfd. 4 Lth. Zollgew.) 64—65 Thlr. pr. 2125 Pfd. Zollgew., heller 131—134pfd. holl. (85 Pfd. 23 Lth. bis 87 Pfd. 22 Lth. Zollgewicht) 66—67 Thlr. pr. 2125 Pfd. Zollgewicht. Extra fein weißer 1—2 Thlr. höher.

Roggen, 46—47 Thlr. pr. 2000 Pfd. Zollgewicht.

Gerste, kleine 38—40 Thlr. pr. 1875 Pfd.

Große Gerste 44—46 Thlr. pr. 1875 Pfd. Zollgewicht.

Kocherbsen 51—53 Thlr. pr. 2250 Pfd. Z.-G.

Hafer 28—30 Thlr. pr. 1250 Pfd. Zollgewicht.

Spiritus 14⅛ Thlr. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 25. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Wetter veränderlich. Weizen höher, loko 6, 20 a 7, pr. März 6, 2, pr. Mai 6, 6, pr. Juni 6, 7½, pr. Juli 6, 10. Roggen behauptet, loko 5, 15 a 5, 20, pr. März 5, 6½, pr. Mai 5, 6½. Rüböl lebhaft, loko 11 2/10, pr. Mai 11¼, pr. Oktober 11 7/10. Leinöl loko 10 7/10. Spiritus loko 18¾.

Breslau, 25. Februar, Nachmittags. Fest.

Spiritus 8000 % Tr. 14⅛. Roggen pr. Februar 47½, pr. Frühjahr 48. Rüböl pr. Februar-März 9¼, pr. Frühjahr 9⅛. Raps unverändert. Zink fest.

Bremen, 25. Februar. Petroleum, Standard white, loko 6¾ a 6⅝. Geschäftslos.

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags.

Getreidemarkt. Weizen flau, Roggen matt. Weizen pr. Februar 5400 Pfund netto 118 Bankothaler Br., 117 Gd., pr. Februar-März 118 Br., 117 Gd., pr. Mai-Juni 118½ Br., 118 Gd. Roggen pr. Februar 5000 Pfund Brutto 89 Br., 88 Gd., pr. Februar-März 89 Br., 88 Gd., pr. Mai-Juni 88½ Br., 88 Gd. Hafer sehr stille. Rüböl flau, loko 20½, pr. Mai 21, pr. Oktober 22. Spiritus geschäftslos, pr. Februar 20¾, pr. April-Mai 20¾. Kaffee und Zink sehr fest. Petroleum weichend, loko 16¼, pr. Dezember 16¼. — Sehr trübes Wetter.

London, 25. Februar, Nachmittag. Die fällige Post vom Kontinent fehlt noch.

Platzdiskont 3%. Gelber Lichttalg loko 45¼, pr. März 45⅜.

Liverpool (via Haag), 25. Februar, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz. Ruhig.

Middling Orleans 12⅛, middling Amerikanische 12, fair Dhollerah 10⅛, middling fair Dhollerah 9¾, good middling Dhollerah 9½, fair Bengal 8½, New fair Oomra 10⅜, Pernam 12½, schwimmende Mobile 12, Oomra Februarverschiffung 9½.

Paris, 25. Februar, Nachmittags.

Rüböl pr. Februar 81, 00, pr. Mai-Juni 82, 50, pr. Juli-August 84, 50. Mehl pr. Februar 56, 25, pr. Mai-Juni 57, 25, Juli-August 58, 50 matt. Spiritus pr. Februar 68, 00. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 25. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.

Getreidemarkt. (Schlußbericht). Roggen pr. März 192, pr. Mai 196, pr. Oktober 190. — Trübes Wetter.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
25. Februar	Nachm. 2	28' 1'' 56	+ 4°4	SW 1	heiter. St.
25. "	Abnds. 10	27' 11'' 96	+ 0 8	WSW 1	ganz heiter.
26. "	Morg. 6	27' 8'' 85	+ 2 0	W 3	trübe. St., Cu-st.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 25. Februar 1869, Vormittags 8 Uhr, 6 Fuß 2 Zoll
" " 26. " " " " 6 " — "

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 25. Februar 1869.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	97¼ G
Staats-Anl. v. 1859	5	102¾ bz
do. 1854, 55, A.	4½	94 bz
do. 1857	4½	94 bz
do. 1859	4½	94 bz
do. 1856	4½	94 bz
do. 1864	4½	94 bz
do. 1867 A. B. D. C	4½	94 bz
do. 1850, 52 conv.	4	87 bz
do. 1853	4	87 bz
do. 1862	4	87 bz
do. 1868	4	87 bz
Staatsschuldscheine	3½	82⅞ bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	121½ B
Kurh. 40 Thlr.-Obl.	—	56½ bz
Kur- u. Neum. Schld	3½	79¼ G
Oderdeichbau-Obl.	4½	92 G
Berl. Stadtoblig.	5	102⅞ bz
do. do.	4½	94¾ bz
do. do.	3½	75⅜ bz
Berl. Börs.-Obl.	5	101⅛ bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	93¾ B
Kur- u. Neum.	3½	76¼ bz
do. do.	4	85¼ bz
Ostpreußische	3½	75⅞ bz
do.	4	82⅞ bz
do.	4½	89⅜ bz B
Pommersche	3½	74⅜ bz
do.	4	85¼ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	84¼ bz
Sächsische	4	— —
Schlesische	3½	— —
do. Lit. A.	4	— —
do. neue	4	— —
Westpreußische	3½	72¾ bz [G
do.	4	82¼ bz 4½% 88⅞
do. neue	4	82 G
do.	4½	88⅞ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	90¼ bz
Pommersche	4	89¾ bz
Posensche	4	86⅜ G
Preußische	4	87⅜ B
Rhein.-Westf.	4	91¾ B
Sächsische	4	91 bz
Schlesische	4	88⅝ bz
Preuß. Hyp.-Cert.	4½	100½ G
Kr. Hyp.-Pfdbr.	4½	91 G
Preuß. do. (Henkel)	4½	86 B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	51 bz
do. National-Anl.	5	56⅛ bz
do. 250 fl. Pr. Obl.	4	74¾ B
do. 100 fl. Kred. L.	—	91½ bz
do. Loose (1860)	5	80¾ bz März do.
do. Pr.-Sch. v. 64	—	70¼-¾ bz
do. Silb. Anl. v. 64	5	61½ bz
do. Bodenkr. Pfdbr.	5	88 G [57⅜-¼ bz
Ital. Anleihe	5	57½-⅜ bz, März
Ital. Tabak.-Obl.	6	85¾ bz B, März
Rumän. Anleihe	8	85½ bz [85⅝ bz
N. russ. v. J. 1862	5	86¼ bz
do. 1864 engl. St.	5	91 G
do. 1864 holl. St.	5	89½ G
do. 1866 engl. St.	5	90½ G
do. 1866 holl. St.	5	89 G
Präm.-Anl. v. 1864	5	124¾ bz
do. v. 1866	5	123¾ bz
Russ. Bodenkred. Pf.	5	81⅞ bz
do. Nikolai-Oblig.	4	67¼ G
Poln. Schatz-Obl.	4	gr 68¾ B kl 68 [G
do. Cert. A. 300 fl.	5	91¾ bz
do. Pfdbr. in S. R.	4	66¾ bz
do. Part.-O. 500 fl.	4	96¾ G
do. Liqu.-Pfandbr.	4	57⅝ bz [bz
Finn. 10 Thlr.-Loose	—	8⅛ bz [83¾-84½
Amerik. Anl. 1882	6	84-⅝ bz März
Türkische Anl. 1865	5	41¾-⅝ bz ult.
Bad. 4½% St.-Anl.	4½	93¾ G [41½-¼ bz
Neue bad. 35 fl. Loose	—	32½ B
Bad. Eis.-Pr.-Anl.	4	— —
Bair. 4% Pr.-Anl.	4	107 bz
do. 4½% St. A. v. 59	4½	95¾ bz
Braunschw. Anl.	5	101½ G
Dessauer Präm.-A.	3½	97⅛ G
Lübecker do.	3½	47¾ B
Sächsische Anl.	5	105¾ bz
Braunschw. Präm.-Anl. à 20 Thlr.	5	18⅜ bz
Schwed. 10 Thlr.-L.	—	— —
Florenzer Pr.-Anl.		— —

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anhalt. Landes-Bk.	4	84½ B
Berl. Kass.-Verein	4	158 G
Berl. Handels.-Ges.	4	125¼ G
Braunschw. Bank	4	107½ etw bz G
Bremer Bank	4	111¾ G
Coburg. Kredit-Bk.	4	84⅞ etw bz
Danziger Priv.-Bk.	4	105½ B
Darmstädter Kred.	4	109 bz
do. Zettel-Bank.	4	97½ B
Dessauer Kredit-Bk	0	3¼ bz
Disk.-Kommand.	4	118⅛ bz
Genfer Kredit-Bk.	4	19½ Pst bz
Geraer Bank	4	94 bz
Gwrbk. H. Schuster	4	104¼ G
Gothaer Priv.-Bk.	4	91½ G
Hannoversche Bank	4	91¾ bz
Königsb. Priv.-Bk.	4	109½ B
Leipziger Kred.-Bk.	4	116 bz B
Luxemburger Bank.	4	107¾ G
Magdeb. Privatb.	4	89½ B
Meininger Kreditb.	4	104¾ bz
Moldau Land.-Bk.	4	24¼ bz vll 63½ bz
Norddeutsche Bank	4	127⅝ G
Oestr. Kreditbank	5	121¼-21-⅜ bz
Pomm. Ritterbank	4	85½ B [März
Posener Prov.-Bk.	4½	100¼ B [121⅜-⅛
Preuß. Bank-Anth.	4½	147¾ G [bz
Rostocker Bank	4	114⅝ etw bz B
Sächsische Bank	4	119½ B
Schles. Bankverein	4	117 G
Thüringer Bank	4	77¾ etw bz G
Vereinsbank Hamb.	4	— —
Weimar. Bank	4	85 G
Prß. Hyp-Vers 25%	4	105¼ bz
Erste Prß. Hyp.-G.	4	91 B
do. do. (Henkel).	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	81½ G
do. II. Em.	4	81½ G
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	78½ G
do. II. Em.	5	85 G
do. III. Em.	5	83½ etw bz G
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	93 G
III. Ser. 3½ v. St. g.	3½	77¾ G
do. Lit. B.	3½	77¾ G
do. IV. Ser.	4½	89½ G
do. V. Ser.	4½	88¼ G
do. VI. Ser.	4½	86 bz
do. Düssel.-Elberf.	4	81¾ G
do. II. Em.	4½	— —
do. (Dortm.-Soest)	4	81½ G
do. II. Ser.	4½	89 B
do. (Nordbahn)	5	99¾ bz
Berlin-Anhalt	4	91¼ G
do.	4½	94¾ G
do. Lit. B.	4½	93 B
Berlin-Görlitzer	5	100 bz G
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	86¾ B
do. Lit. C.	4	84¾ B
Berlin-Stettin	4½	95¾ etw bz
do. II. Em.	4	81⅛ bz
do. III. Em.	4	81½ bz
B. S. IV. S. v. St. g.	4½	92⅝ bz
do. VI. Ser. do.	4	81¼ bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	87⅛ G G. 87
Cöln-Crefeld	4½	— — [G
Cöln-Mind. I. Em.	4½	96 B
do. II. Em.	5	101¼ G
do.	4	83¾ B
do. III. Em.	4	81½ G
do.	4½	91 bz
do. IV. Em.	4	82 bz
do. V. Em.	4	82 bz G
Cosel-Oderb. (Wilh)	4	— —
do. III. Em.	4½	87½ G
do. IV. Em.	4½	85½ G
Galiz. Carl-Ludwb.	5	82½ bz
Lemberg-Czernowitz	5	66¾ G
d. II. Em.	5	71¼ G
do. III. Em.	5	69½ B
Magdeb.-Halberst.	4½	94 G
do. do. 1865	4½	90 B
do. Wittenb.	3	66¾ G
do. Wittenb.	4½	91½ G
Niederschles.-Märk.	4	85¾ bz
do. II. S. à 62½ tlr.	4	83 G
do. c. I. u. II. Ser.	4	85¾ bz
do. conv. III. Ser.	4	82 B
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	98 G
Oberschles. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	3½	76 G
do. Lit. C.	4	— —
do. Lit. D.	4	83¼ B
do. Lit. E.	3½	75¼ B
do. Lit. F.	4½	89⅛ G
do. Lit. G.	4½	88½ B [B
Oestr.-Französ. St.	3	275 bz p. 270
Oestr. südl. St. (Lb.)	3	233½-34 bz
do. Lomb. Bons	6	98⅝ G
do. do. fällig 1875	6	96½ bz G
do. do. fällig 1876	6	96¼ B
do. do. fäll. 1877/8	6	95¾ G
Ostpreuß. Südbahn	5	92½ G
Rhein. Pr.-Obligat.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	79 G
do. III. v. 1858 u. 60	4½	90¼ B
do. 1862 u. 1864	4½	90¼ B 65r 90¼
do. v. Staat garant.	4½	— — [B
Rhein-Nahe v. S. g.	4½	92 G
do. II. Em.	4½	92 G
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	88 bz
Charkow-Azow	5	79 bz G
Jelez-Woron.	5	80 G
Kozlow-Woron.	5	81 bz B
Kursk-Charkow	5	80½ B
Kursk-Kiew	5	81½ bz
Mosko-Rjäsan	5	88 bz
Poti-Tiflis	5	79 B
Rjäsan-Kozlow	5	82⅞ B
Schuja-Ivanow	5	79⅝ bz B
Warschau-Teresp.	5	78¾ bz kl 78¾
Warschau-Wiener	5	83½ bz B [bz
Schleswig	5	89¼ bz
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	89 bz B
Thüringer I. Ser.	4	—
do. II. Ser.	4½	94¾ bz
do. III. Ser.	4	85½ B
do. IV. Ser.	4½	94¾ bz

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	41⅛-42 bz
Altona-Kieler	4	107⅞ bz
Amsterdm-Rotterd.	4	93¼ bz
Bergisch-Märkische	4	129⅝ bz
Berlin-Anhalt	4	184½ bz
Berlin-Görlitz	4	76¼ bz
do. Stammprior.	5	94½ bz G
Berlin-Hamburg	4	158 G
Berl.-Potsd.-Magd.	4	181½ bz
Berlin-Stettin	4	130⅝ bz
Böhm. Westbahn	5	76⅝ bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4	112¼ bz n. 101½
Brieg-Neiße	4	93½ bz [bz
Cöln-Minden	4	117¾ bz [40%
do. Litt. B.	5	100 bz [101¾ bz
Cosel-Odb. (Wilh.)	4	114½ bz G
do. Stammprior.	4½	— —
do. do.	5	110¼ bz
Galiz. Carl-Ludwig	5	90 G
Halle-Sorau-G.	4	69 bz G
do Stammpr.	5	88¼ bz
Löbau-Zittau	4	57⅞ bz B
Ludwigshaf.-Bexb.	4	153¾ B
Märkisch-Posen	4	64⅛ bz
do. Prior.-St.	5	85½ bz
Magdeb.-Halberst.	4	139 bz
do. Stamm-Pr. B.	3½	70 bz
Magdeb.-Leipzig	4	195¼ bz n. —
do. do. Lit. B.	4	89⅝ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	134 bz G
Mecklenburger	4	74⅛ bz G
Münster-Hammer	4	89 B
Niederschl.-Märk.	4	88¼ B
Niederschl. Zweigb.	4	83½ bz G
Nordh.-Erf. gar.	4	79 bz G
Nordh.-Erf. St-Pr.	5	91 G
Oberhess. v. St. gar.	3½	vll — — 25% —
Oberschl. Lit. A. u. C.	3½	176¼ bz [bz
do. Lit. B.	3½	160½ B [176⅝-⅛
Oest.-Frnz.-Staats.	5	176⅞-⅜ bz März
Oest. Südb. (Lomb.)	5	129¾-¼ bz März
Ostpr. Südbahn	4	34⅜ bz [do
do. St.-Prior.	5	70 bz G
Rechte Oder-Uferb.	5	90¼ bz
do. do. St.-Pr.	5	95½ bz G
Rheinische	4	114¾ bz
do. Lit. B. v. St. g.	4	81½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	29⅜-¼ bz
Russ. Eisenb. v. St. g.	5	85 bz G
Stargard-Posen	4½	93¾ bz
Thüringer	4	136¼ etw bz
do. 40%	5	123¾ B
do. B. gar.	4	80 etw bz
Warschau-Bromb.	4	— — fl. —
do. Wiener	5	58⅝ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113⅜ bz
Gold-Kronen	—	9. 9¼ bz
Louisd'or	—	111¾ etw bz
Sovereigns	—	6. 24 G
Napoleonsd'or	—	5. 12⅜ bz
Imp. p. Zpfd.	—	466 bz
Dollars	—	1. 12 etw bz
Silber pr. Zpfd.	—	29 23½ G
K. Sächs. Kass.-A.	—	99⅞ bz
Fremde Noten	—	99⅝ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ bz
Oestr. Banknoten	—	83¼ bz
Russische do.	—	82½ bz

Wechsel-Kurse vom 25. Februar.

Bankdiscont	4	
Amstrd. 250 fl. 10 T.	2½	142 G
do. 2 M.	2½	141¾ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	151⅛ bz
do. 2 M.	3	150⅝ bz
London 1 Lstr. 3 M.	3	6 23½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	2½	81⅓ bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	83⅛ bz
do. do. 2 M.	4	82¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 26 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3½	56 28 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ G
do. do. 2 M.	4	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	5	91⅝ bz
do. do. 3 M.	5	90¾ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	82⅛ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4	110¼ bz

Die Börse war heute schon etwas mit der Liquidation beschäftigt; dieselbe macht sich im Ganzen leicht, Eisenbahnen waren mit 5 pCt. leicht zu prolongiren, für Italiener bewilligt man ⅛, Lombarden ⅛—1/10, Amerikaner ⅛—1/10, Franzosen ⅙—¼ Deport, Kredit ⅛ Report. — Im Uebrigen war die Haltung der Börse auf auswärtige Notirungen eher matter, und wenn auch gerade keine starke Verkaufslust hervortrat, stellten sich doch die Spekulationspapiere vielfach niedriger und das Geschäft war beschränkter als in den letzten Tagen. Sehr fest und belebt waren Amerikaner. Eisenbahnen blieben fest, Aachen-Mastrichter belebt. In Bank- und Industrie-Papieren fand nur mäßiger Verkehr zu wenig veränderten Preisen statt, nur Darmstädter waren belebt und steigend.

Inländische Fonds waren fest, 5proz. Anleihe waren gesucht, Staatsschuldscheine höher, das Geschäft mäßig. Deutsche Fonds fest, badische und bayerische Prämienanleihen wurden höher bezahlt und in Posten gehandelt; für Pfand- und Rentenbriefe herrschte Frage zu theilweis höheren Preisen. Oesterreichische Fonds matter, russische fest, beide Prämienanleihen, alte zu billigerem Preise, Liquidations- und polnische Pfandbriefe in gutem Verkehr. — Tabaksaktien 397½ bez. — Inländische und russische Prioritäten fest, Charkow-Asowsche Pfundstücke höher, Kursk-Kiew gefragt, Aachen-Mastrichter höher, österreichische matter, rumänische Obligationen belebt. — Wechsel ziemlich belebt und recht begehrt.

Breslau, 25. Februar. Bei fester Stimmung waren Eisenbahnaktien, besonders Oderberger, in guter Frage und letztere höher bezahlt; dagegen stellten sich Italiener ca. ⅜ pCt., österreich. Kredit- ca. 1 pCt. niedriger als gestern. Amerikaner ca. ⅜ pCt. gestiegen. — Per ult. fix Italiener 57⅝-½ bez. u. Gd., Kredit- 120⅝-121⅜ bez., Russ. Währ. 82¾ bez. u. Gd., deutsche Grund-Kredit-Pfandbriefe a 5 pCt. 97⅝.

Kontraktlich erklärt: 1000 Ctnr. Roggen und zwar Schein Nr. 171.

Schlußkurse. Oestr. Loose 1860 81¼ B. do. 1864 69½ G. Bayr. Anleihe —. Minerva 52¼ B. Schlesische Bank 117⅛ B. Oestr. Kredit-Bankaktien 121¼ G. Oberschlesische Prioritäten 75¼ B. do. do. 83½ B. do. Lit. F. 89⅜ B. do. Lit. G. 88¼ bz. Rechte Oder-Ufer-Bahn St.-Prior. 95¾ B. Breslau-Freib.-Schweidnitz 112 B. Oberschlesische Lit. A. u. C. 176½ bz. Lit. B. —. Rechte Oder-Ufer-Bahn 90⅝ bz. Kosel-Oderberg 114-½ bz u G. Amerikaner 84bz u G. Italienische Anleihe 57½ G.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 25. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fest.

Schlußkurse. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 83⅝. Türken —. Oestreich. Kreditaktien 282½. Oestreich.-franz. St.-B.-Aktien 310. 1860er Loose 80⅞. 1864er Loose 122⅞. Lombarden 225½.

Wien, 25. Februar. (Schlußkurse der officiellen Börse.) Flau.

Schlußkurse. National-Anlehen 67, 90. Kreditaktien 291, 00. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 318, 00. Galizier 216, 00. London 122, 00. Böhmische Westbahn 184, 75. Kreditloose 164, 75. 1860er Loose 97, 40. Lombard. Eisenbahn 232, 30. 1864er Loose 126, 30. Silber-Anleihe 74, 00. Napoleonsd'or 9, 75.

Wien, 25. Februar, Abends. Abendbörse. Kreditaktien 291, 40, Staatsbahn 318, 20, 1860er Loose 98, 10, 1864er Loose 126, 60, Ungar. Kreditaktien 110, 25, Galizier 216, 00, Lombarden 231, 80, Napoleons 9, 76. Fest.

London, 25. Februar, Nachmittags 4 Uhr.

Schlußkurse. Konsols 93 13/16. Ital. 5% Rente 57. Lombarden 19 3/16. Türk. Anleihe de 1865 41¾. 8% Rumänische Anleihe 84½. 6% Vereinigt. St. pr. 1882 80 5/16.

London, 25. Februar, Abends. [Bankausweis] Notenumlauf 22,795,280 (Abnahme 358,635), Baarvorrath 18,271,215 (Abnahme 199,715), Notenreserve 9,388,275 (Zunahme 204,210) Pfd. St.

Aus der Bank flossen heute 30,000 Pfd. Sterl.

Paris, 25. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Fest.

Schlußkurse. 3% Rente 71, 40-71, 32½-71, 45. Italien. 5% Rente 57, 70. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 657, 50. Kredit-Mobilier-Aktien 293, 75. Lomb. Eisenbahnaktien 485, 00. do. Prioritäten 233, 37. Tabaks-Obligationen 427 00. Tabaksaktien 150, 00. 6% Ver. St. pr. 1882 (ungest.) 90⅜.

Paris, 25. Febr., Nachmittags. [Bankausweis.] Baarvorrath 1,123,244,515 (Zunahme 43,442,363), Portefeuille 536,429,831 (Abnahme 52,856,782), Vorschüsse auf Werthpapiere 87,502,780 (Abnahme 162,320), Notenumlauf 1,338,283,050 (Abnahme 28,097,500), Guthaben des Staatsschatzes 154,025,126 (Zunahme 20,839,160), laufende Rechnungen der Privaten 298,647,047 (Zunahme 3,056,482) Frcs.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.